Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188. Montag, den 14. August 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Steuerfragen.

IV.

Aus den bereits dargelegten Gründen ist deshalb auch die Ergänzung der Einkommensteuer durch Vermögens- und Erbschaftssteuer eine allgemein anerkannte Forderung des sozialdemokratischen Steuerprogrammes. Umstrittener dagegen ist die Vervollständigung des Systems direkter Steuern durch Ertrags- und manche sogenannte Verkehrssteuern, zu denen übrigens die bürgerliche Finanzwissenschaft, wie wir bereits wissen, auch die Erbschaftssteuer rechnet. Daß Verkehrssteuern auch von Sozialdemokraten nicht prinzipiell verworfen werden, beweist am besten die Zustimmung zur Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer durch die Kommunen.

Renner geht einen Schritt weiter. Sein Ideal ist die Ersetzung der Einkommensteuer durch Ertragssteuern. Diese Stellung steht in diametralem Gegensatz zu dem Ziel, das sich die großen Steuerreformen in Deutschland gesetzt hatten. So hat die Miquelsche Reform die Einkommensteuer als Rückgrat der Staatssteuern ausgestaltet und die Ertragsbesteuerung als Staatssteuern aufgegeben. Der Grund für die Stellung Renners ist uns bereits bekannt. Es ist die theoretisch richtige Einsicht, daß auch die Mehrwertsteuern verschieden zu gestalten sind, je nachdem es sich um Grundrente, Zins oder Unternehmergewinn handelt. Danach kommen für Renner, da natürlich von Lohnsteuern keine Rede sein kann, die Grundsteuer als Grundrentensteuer, die Gewerbesteuer und die Kapitalrentensteuer in Betracht. Die erste Frage, die sich aufwirft, ist die nach der Abwälzbarkeit solcher Steuern. Renner geht auf diese Frage nicht ausführlicher ein und gerade hier wird eine Ausgestaltung seiner Schrift zu einer ausführlichen sozialdemokratischen Steuertheorie um so notwendiger sein, da z. B. die Grundsteuer von vielen Sozialisten als auf die Konsumenten abwälzbar angesehen wird. Diese Ansicht wurde bekanntlich auch von Lassalle vertreten, und sie ist auch heute die in der deutschen Sozialdemokratie herrschende.*) Lassalle selbst folgt dabei nur der Lehre Ricardos, für den die Abwälzung der Grundsteuer unmittelbar aus seiner Rententheorie folgt. Nach Ricardo muß das auf den Boden angewandte landwirtschaftliche Kapital seinem Anwender ebenso wie das industrielle Kapital den Durchschnittsprofit bringen. Sind auf einem Boden A zur Erzeugung von 10 Tonnen Getreide 1000 Mk. Kapital nötig und beträgt die Durchschnittsprofitrate 20 Prozent, so wird der Preis des Getreides 1200 Mk. betragen. Diese 200 Mk. sind Kapitalprofit im engeren Sinne, Unternehmergewinn und Rente entsteht, wenn Boden verschiedener Qualität in Bebauung genommen wird. Werden z. B. auf einem gleich großen, aber fruchtbaren Boden B mit demselben Kapital von 1000 Mk, 11 Tonnen erzeugt und bleibt der Preis des Getreides derselbe, weil die Nachfrage so groß ist, daß alle 21 Zentner verlangt werden, so wird der Besitzer von B die 11 Zentner zu 1320 Mark gleich 11 mal 120 Mk. verkaufen. Er hat über den Durchschnittsprofit von 200 Mk., den auch A macht, noch einen Extraprofit von 120 Mk. gemacht. Würde Boden B verpachtet, so würde ein kapitalistischer Pächter diese 120 Mk. als Pachtzins an den Grundbesitzer zahlen können. Sein Kapital von 1000 Mk. bringt ihm ja immer noch den Durchschnittsprofit. Boden B trägt so eine Grundrente, Boden A nicht. Boden A kann nur von dem eigenen Besitzer bebaut werden, da sich kein Kapitalist findet, der bereit wäre, einen Pachtzins zu zahlen, den er ja aus seinem Unternehmergewinn zahlen müßte. Boden B wird auch verkauft werden können. Er trägt ja seinem Besitzer eine Rente von 120 Mk., die ihm nichts kosten, die nur aus seinem Eigentum fließen und aus der Tatsache, daß die Gesellschaft zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse auch den schlechteren Boden A anbauen muß. Diese 120 Mark erscheinen so als jährliches regelmäßiges Einkommen für den, der den Boden A besitzt. Nun entsprechen aber 120 Mk., wenn der herrschende Zinsfuß 5 Proz. beträgt, dem Zinserträgnis eines Kapitals von 2400 Mk. Der Preis des Bodens B wird also, entwickelte kapitalistische Verkehrsverhältnisse vorausgesetzt, 2400 Mk. betragen. Boden A aber wird erst dann zum Verkauf oder zur Verpachtung gelangen können, wenn noch schlechterer Boden in Ankauf genommen werden muß.

Nun kann hier nicht näher auf die verschiedenen Arten der Bodenrente eingegangen werden. Es ist das auch für unseren Zweck nicht nötig. Man sieht aber hier, wie Ricardo zu seiner Lehre von der Abschreibbarkeit der Grundrente kommt; eine allgemeine gleichmäßige Grundsteuer im Betrage von 5 Proz. des Ertrages würde bewirken, daß dem Besitzer von Boden A statt 200 Mk. nur 190 Mk. bleiben; er würde also auf sein Kapital von 2000 Mk. nicht den Durchschnittsprofit machen; die Folge wäre, daß Kapital aus der Landwirtschaft zurückgezogen würde; das Angebot würde abnehmen und daher die Preise steigen. Die Getreidepreise würden um 5 Proz. steigen, die Grundsteuer auf den Konsumenten abgewälzt werden. Ganz anders aber, wenn es sich nicht um eine solche rohe allgemeine Grundsteuer, sondern um eine wirkliche Grundrentensteuer handelte. Gesetzt, die Steuer würde nach Bonitäts- (Fruchtbarkeits-) Klassen abgestuft. Boden der schlechtesten Qualität, also Boden A, bleibt steuerfrei. Boden B zahle 5 Proz. Der Besitzer wird die Steuer nicht auf den Pächter abwälzen können; denn sonst würde der Pächter, da er ja den Durchschnittsprofit nicht mehr machen könnte, die Pacht nicht erneuern; die Getreidepreise zu erhöhen, ist er aber nicht imstande; denn diese sind bestimmt nicht durch seine Produktionskosten, sondern durch die höheren des Bodens A. Sein Land brachlegen und so das Angebot verringern, kann er gleichfalls nicht. Denn erstens würde dann noch mehr Boden von der Qualität A oder Boden von der Fruchtbarkeit zwischen A und B, der steuerfrei ist, in Bebauung genommen werden. Wenn er aber brachliegt, so erhält er nicht nur keine verringerte, sondern überhaupt keine Rente. Doch selbst wenn es ihm gelungen wäre, in der Zwischenzeit eine Erhöhung der Preise zu erzielen, so vermehrt er in dem Moment, wo er die Produktion aufnimmt, wieder das Angebot. Das alte Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Getreide, damit aber auch das alte Preisniveau ist wiederhergestellt; die Steuer ist also nicht abwälzbar. Der Grundeigentümer muß einen Teil der Steuer an den Staat abliefern. Nun wäre der Einwand möglich, daß eine solche Grundrentensteuer technisch schwer möglich ist. Aber dieser Einwand trifft nicht zu. Alle bestehenden Grundsteuern sind nach Bonitätsklassen abgestuft. Es ist ohne weiteres möglich, den schlechtesten Boden steuerfrei zu lassen, ebenso wie es notwendig ist, die kleinen Eigentümer, für die der Bodenertrag nur den Lebensunterhalt bedeutet, steuerfrei zu lassen. Näher kann auf diese Frage nicht eingegangen werden ohne eine ins einzelne gehende Analyse der Arten der Grundrente.*)

Für Deutschland ist die Nichtabwälzbarkeit schon aus folgender Erwägung heraus einzusehen. Die Preise der Bodenfrüchte sind Weltmarktpreise, für die die Kosten nicht nur der deutschen, sondern vor allem der argentinischen, nordamerikanischen, kanadischen, russischen usw. Landwirtschaft maßgebend sind. Der deutsche Getreidepreis ist gleich dem Weltmarktpreis + Zoll + Fracht und eine deutsche Grundsteuer kann an dieser Preisbildung nicht das geringste ändern. Renteloser Boden würde durch eine solche Steuer auch gar nicht getroffen werden. Solcher, abgesehen von — natürlich steuerfreiem — Ödland usw., mag an den Grenzen Kanadas und Argentiniens existieren, aber nicht in Deutschland. So wirkt also die Grundsteuer als direkte Besteuerung der Grundrente und unterliegt sicherlich nicht prinzipiellen Bedenken.

Die Grundsteuer zeigt aber ein anderes wichtiges Phänomen. Wir wissen, daß der Bodenpreis nichts anderes ist als die kapitalisierte Rente. Ein Stück Grund, das eine Grundrente von 100 Mk. trägt, wird, wenn der herrschende Zinsfuß 5 Mk. beträgt, einen Preis von 2000 Mk. haben; muß aber von dem Ertrag von 100 Mark 10 Mk. Steuer gezahlt werden, so fließt aus dem Bodenbesitz nur eine Rente von 90 Mk. Bei demselben Zinsfuß wird ein Käufer für das Grundstück nur 1800 Mark zahlen. Für diesen neuen Käufer existiert die Grundrente nicht; es ist so, als würden nur neun Zehntel des Grund und Bodens sein Eigentum sein, während das letzte Zehntel dem Staat gehörte, dem die Rente zufällt. Für den neuen Erwerber ist die Steuer amortisiert**).

Eine längere Zeit bestehende Grundsteuer ist daher stets als bereits amortisiert zu betrachten. Ihre Aufhebung und Ermäßigung bedeutete daher nur ein Geschenk an die Rentenbesitzer, die Grundeigentümer.

Umgekehrt bedeutet die Neueinführung oder Erhöhung der Grundsteuer eine Konfiskation eines Teiles ihres Besitzes. Daher der Widerstand der Grundbesitzer gegen diese Steuer und ihre Gier nach ihrer Aufhebung, was unerklärlich wäre, wenn die Steuer wirklich auf die Konsumenten abwälzbar wäre.

Da aber die Grundsteuer solchen Widerständen begegnet, so ist ihre Erhöhung schwierig. In neuerer Zeit aber macht sich in allen kapitalistisch entwickelten Ländern eine Tendenz zur Steigerung der Grundrente geltend. Für die Sozialdemokratie ist es eine selbstverständliche Forderung, daß dieses Steigen, für das die Grundeigentümer nicht das geringste tun, das nur die Folge gesellschaftlicher Zusammenhänge ist, zum Teil wenigstens nicht zur Bereicherung von Privatleuten dienen soll, sondern der Gesamtheit zugute kommen muß. Es ist deshalb notwendig, die Idee der Grundsteuer zu verbinden mit der Idee der Bodenzuwachssteuer.

Die Zuwachssteuer, wie sie heute propagiert wird, leidet an dem Übelstand, daß sie nicht allgemein ist. Sie soll nur erhoben werden beim Verkauf von Grundstücken, trifft also nicht den ganzen Besitz, sondern nur den, der in den Verkehr tritt. Kommunale Zuwachssteuern leiden außerdem an dem Übelstand, daß sie in der Regel nur den städtischen Grund und Boden treffen, die steigende agrarische Rente aber unbesteuert lassen. Es muß deshalb die Grundsteuer ausgestaltet werden durch eine Wertzuwachssteuer, die in der Weise erhoben wird, daß der Ertrag in periodischen, z. B. zehnjährigen Zwischenräumen neu geschätzt wird und die Grundsteuer in einem bestimmten Prozentsatz erhöht wird; ist diese Erhöhung so groß, daß sie einen Überschuß über den Staatsbedarf hinaus liefert, so sind dafür indirekte Steuern aufzuheben. Auf keinen Fall aber besteht ein Grund, die Steigerung der Grundrente nur den Bodenbesitzern zugute kommen zu lassen. Wenn die Teuerung der Lebensmittel in der neuesten Phase des Kapitalismus schon ein unentrinnbares Übel ist (was nicht besagt, daß man nicht Gegenmittel auf anderen Gebieten anwenden kann, z. B. vollständige Koalitionsfreiheit, um gewerkschaftliche Erfolge zu erleichtern, und selbstverständlich Aufhebung aller verteuernden Abgaben, der Zölle namentlich), so ist es sicherlich nicht notwendig, daß diese Teuerung ausschließlich die Renten der Grundbesitzer vermehrt.

*) Dieser Ansicht sind auch Karski und Wurm. Vergl. auch die Kritik Renners durch Karski „Neue Zeit“, 28. Jhrg. Bd. I. „Steuerprobleme“. S. 783 ff.

*) Siehe Marx, „Kapital“ III, 2 und „Theorien über den Mehrwert“ II. Namentlich die Differentialrente II ist in den Kulturländern so allgemein, daß man sicher sein kann, daß auch gesteigerte Grundsteuern nur die Rente treffen würden.

**) Jene Vertreter der Finanzwissenschaft, denen der prinzipielle Unterschied in der Bildung des Bodenpreises vom Preis der Arbeitsprodukte unklar geblieben ist, haben die Tendenz, den Vorgang der Steueramortisation in unrichtiger Weise zu verallgemeinern. Sie behaupten dann, daß auch Erwerbssteuern amortisiert würden, indem der Käufer eines Gewerbebetriebes ebenfalls den kapitalisierten Betrag der Steuer von dem Preis der Fabrik zum Beispiel abziehe. Dabei wird aber übersehen, daß dieser Preis, also der Preis der Gebäude, Maschinen usw., durchaus nicht bestimmt wird durch den kapitalisierten Ertrag, sondern gleich ist den Produktionskosten der Gebäude, Maschinerien usw. Dieser Preis muß unter allen Umständen gewährt werden; er kann nicht höher sein, da sonst der Käufer sich eine neue Fabrik errichten würde; aber der Verkäufer braucht auch nicht unter diesen Preis zu gehen, da ja der Käufer sich die Produktionsmittel nicht billiger verschaffen kann. Das schließt nicht aus, daß der Käufer außer dem Preis der Produktionsmittel dem Verkäufer noch einen Betrag zahlt als Vergütung für die Verkaufsorganisation, den Kundenkreis usw., den er bei der Neuerrichtung durch Reklame usw. sich erst erwerben müßte. Aber der Preis eines Gewerbebetriebes ist deshalb nicht gleich dem kapitalisierten Ertrag und in dem Verkaufspreis ist daher die Gewerbesteuer nicht amortisiert. Diese wird aus dem Unternehmergewinn bezahlt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Schnapsblockfreundschaft.

Herr Dr. Oertel, der leitende Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ gibt sich sonst als eifriger Protestant, und mancher „Arbeiter im Weinberg des Herrn“ dürfte ihn um den schwulstig-frommen Stil beneiden, in dem er seine festtäglichen Ermahnungen an die agrarischen Leser abzufassen pflegt. Der Häuptling der Bündler ist aber auch tolerant, wenn es sich um seine ultramontanen Freunde im Schnapsblock handelt. So sagt er zum Katholikentag, auf dem es an Angriffen gegen den Protestantismus gefehlt hat:

„Auch unbefangen und billig denkende Gegner können einer solchen Veranstaltung Anerkennung und Bewunderung nicht versagen. Es verrät kleinliche Befangenheit und Gehässigkeit, wenn man an Einzelheiten herummäkelt und die Bedeutung der Tagung durch allerhand hämischen Spott zu verkleinern sucht. Daß bei solchen Tagungen hin und wieder ein Wort gesprochen wird, das über das Ziel hinausschießt, und eine Wendung geprägt wird, die in ihrer zu scharfen Zuspitzung vielleicht mißverstanden werden kann, ist nicht verwunderlich. Der diesjährige Katholikentag hat sich aber vor sogenannten Entgleisungen in der Hauptsache gehütet.“

Das Zentrum kann mit dem agrarischen Blatt zufrieden sein; seine Mithilfe zur Erhaltung der Branntweinliebesgabe hat Herrn Dr. Oertel, den Vorkämpfer des Protestantismus milde gestimmt, so milde, daß man fast annehmen möchte, er habe die Absicht, sich demnächst katholisch umtaufen zu lassen.

Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen.

Die preußische Regierung beabsichtigt, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, eine Revision des Gesetzes von 1847 betreffend die Rechtsverhältnisse der Juden und der Synagogengemeinden vorzunehmen. Die Vorarbeiten sind seit längerer Zeit im preußischen Kultusministerium im Gange.

Staatsanwalt und „Post"

Wie ein Berliner Morgenblatt mitteilte, soll die Absicht bestehen, gegen die „Post" wegen des bekannten Schmähartikels gegen den Kaiser strafrechtlich einzuschreiten. Demgegenüber wird dem „Lokal-Anzeiger" von gut unterrichteter Seite versichert, daß diese Meldung nicht zutreffend ist, zumal die vom Artikelschreiber gewählte Form der Angriffe sich auf rethorische Fragen und ähnliche Redewendungen beschränkte, die zu einem Strafverfahren keine ausreichende Handhabe bietet.

In das Gefängnis gehören die „Post"-Redakteure ganz bestimmt nicht, weit eher wäre ein längerer Aufenthalt in einer Kaltwasserheilanstalt zu empfehlen.

Agrarische Mittelstandsfreundlichkeit.

Auf dem 28. bayrischen Handwerkertag, der jüngst in Lauingen stattfand, wurde die angebliche Mittelstandsfreundlichkeit der Agrarier einer scharfen Kritik unterzogen. Die agrarischen Genossenschaften, so wurde ausgeführt, verkauften mit großer Vorliebe auch an Nichtmitglieder, ja, sie hausierten sogar von Haus zu Haus mit ihren Waren. Daß so wenig Anzeigen gemacht würden, komme daher, daß niemand den Mut dazu habe. Es stünden nämlich an der Spitze gewöhnlich einflußreiche Persönlichkeiten, Geistliche, Räte, Ökonomieräte usw., mit denen es keiner verderben wolle, da man sonst eine Boykottierung des eigenen Geschäfts fürchte.

Der gescheiterte Kuhhandel.

Im „Thüringer Hausfreund" erklärt der liberale Kandidat für Eschwege-Schmalkalden, Dr. Ohr:

„Reichstagsabgeordneter Lattmann hat am 3. August eine Erklärung in die Presse gegeben, in der „eine öffentliche klare Antwort des Herrn D. Ohr, ob er und seine Freunde zu einer Abmachung für die Stichwahl bereit sind", erwartet wird.

Die gewünschte Antwort lautet: Wir haben keine Veranlassung, sechs Monate vor den Wahlen die Stichwahlfrage zu erörtern. Wir werden auch später dazu nicht in die Lage kommen, weil wir diesmal selbst in die Stichwahl kommen. Was dann die Parteileitung der Antisemiten beschließt, ist ihre Sache. Die Entscheidung liegt bei der Wählerschaft."

Der Antisemit Lattmann wollte besonders schlau sein, um wenigstens sich die Hilfe der Liberalen für sein bedrohtes Mandat in Kassel zu sichern und muß sich nun in dieser Form den Stuhl vor die Tür setzen lassen.

Die Gewerkschaften — eine Geißel für die Menschheit.

Die neuesten Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete haben den frommen „Reichsboten" wieder einmal in eine ungeheuere Erregung versetzt. Das so christlich-fromme Blatt, das sich jeden Tag in den schärfsten Gegensatz zu den Lehren des Stifters der christlichen Religion stellt, meint zu dem Kampf der Metallarbeiter in Sachsen-Thüringen:

„So lange die Arbeiterorganisationen sich lediglich mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder beschäftigt haben und die erlangte Macht nur dazu benutzten, rechtlich begründete Ansprüche durchzudrücken, standen und stehen sie auf dem Boden des Rechts, und in diesem Rahmen wird ihnen auch niemand das Koalitionsrecht antasten wollen, aber sobald sie in friedliche Betriebe störend eingreifen, um deren Arbeiter mit Gewalt unter ihre Vormundschaft zu zwingen, so handeln sie widerrechtlich, und man wird gut tun, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, inwieweit der Begriff der strafbaren Nötigung vorliegt, gegen den das Strafgesetz seine Hilfe hat."

Die Sehnsucht nach dem Staatsanwalt ist bei diesem Blatt, das einen teuflischen Haß gegen die Arbeiterklasse bekundet, zu verstehen. Selbstredend erblickt das fromme Organ dann eine Nötigung nicht für vorliegend, wenn die Unternehmer unbeteiligte Arbeiter einfach aussperren. Aber es kommt noch besser. Der „Reichsbote" schließt seinen Artikel mit folgenden Sätzen:

„Bei den sächsischen Metallindustriellen sind es keine reinen Lohnfragen mehr, die den Streik heraufbeschworen haben; es steckt vielmehr ein gutes Stück Willkür dahinter, wie sie das Machtbewußtsein zu erzeugen pflegt. In London scheint sogar eine Art von Probemobilmachung, ein Generalstreik-Manöver vorzuliegen, dessen praktische Wirkungen man einmal erproben will. Gegen solche ernsten Spielereien mit dem Geschick und der Wohlfahrt unzähliger Menschen sind allerdings die schärfsten Abwehrmaßregeln geboten. Wir haben nichts gegen verständige, wohlwollend geleitete Arbeiterorganisationen, die zu allen Zeiten die allgemeine Wohlfahrt im Auge behalten, aber einer verbrecherischen Vergewaltigung der Menschheit durch das Mittel dieser Organisationen zu dem Zwecke, widerrechtliche Vorteile zu gewähren, sollte man in allen Ländern mit eherner Faust wehren, sonst werden sie zu einer Geißel für die Menschheit."

Selbst die verbissenste Scharfmacherpresse kann nicht infamer gegen kämpfende Arbeiter hetzen, als wie dies fortgesetzt von diesem Blatte geschieht, das Frömmigkeit und christliche Nächstenliebe in Erbpacht genommen haben will.

Subvention des Bundes der Landwirte aus öffentlichen Mitteln.

Der landwirtschaftliche Kreistag zu Glogau beschloß vor einiger Zeit auf Antrag eines Junkers, dem Bunde der Landwirte ein Geschenk von 2000 Mark für dessen Wahlfonds zu machen. Jene Bewilligung von Geldern aus öffentlichen Mitteln zum Wahlfonds der Agrarier erregte ziemliches Aufsehen und die Regierung hat wohl oder übel der Sache nachgehen müssen. Jetzt bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine Äußerung hierzu, in der mitgeteilt wird, daß die Aufsichtsbehörde der schlesischen Landschaft gleich nach dem Bekanntwerden der Überweisung zu deren näherer Aufklärung Ermittelungen veranlaßt habe, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind.

„Schon jetzt" hebt die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" hervor, „daß die Zuwendung der Glogau-Saganer Fürstentumslandschaft an den Bund der Landwirte, die durch den Erlaß des Landwirtschaftsministers vom 20. Februar 1894 beanstandet wurde, nicht aus dem gegenwärtig in Frage kommenden Glogauer Fonds, sondern aus dem Extraordinarium der Fürstentumslandschaft bestritten worden ist." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt ferner: „Die nach der Begründung des jetzigen Antrages an den landwirtschaftlichen Kreistag Glogau gleichfalls im Jahre 1893 erfolgte Zahlung von 2000 Mk. an den Bund der Landwirte aus dem Glogauer Fonds scheint damals überhaupt nicht zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde gekommen zu sein. Die an der neuesten Zuwendung geübte Kritik beruht deshalb, soweit sie sich auf die Stellungnahme des Landwirtschaftsministers im Jahre 1894 stützt, auf einer unrichtigen Voraussetzung."

Aus der Erklärung geht zunächst hervor, daß die widerrechtliche Verwendung öffentlicher Gelder zu Agitationszwecken für die Agrarier nichts Neues ist, daß sogar die Regierung um diese Dinge wußte, ohne daß sie Vorsorge getroffen hat, um diesen Unfug dauernd zu verhindern. Jetzt scheint es, als wollte die Regierung gar noch dem Glogauer Kreistag ein Hintertürchen öffnen, um sich vor den Folgen der neuen widerrechtlichen Geldbewilligung zu schützen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die nun schon sehr lange dauernden Ermittlungen endlich abgeschlossen werden, damit die Regierung endlich klare Stellung nehmen muß.

Reserveoffizier und politische Überzeugung.

In der Diskussion über die vom preußischen Kriegsminister geforderte Gesinnungstüchtigkeit der Reserveoffiziere wurde mitgeteilt, daß der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff unangefochten bayrischer Reserveoffizier sein könne, ohne daß ihm die oppositionelle Haltung in dieser militärischen Stellung irgendwie schade. Diese Behauptung trifft nicht zu und die bayrische Regierung hat keinen Anspruch auf das Lob, das darin für sie lag. Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht jetzt eine Stelle aus einem Briefe des Dr. Potthoff, die folgendermaßen lautet:

„Ich habe zwar ein Jahrzehnt lang die Uniform des Reserveoffiziers (in Bayern) getragen, aber seit einigen Monaten meinen Abschied genommen, weil das Bezirkskommando sich erlaubte, meine politische Tätigkeit zu kritisieren und das Kriegsministerium dem zustimmte."

Also in Bayern wie in Preußen. Soweit ist die „Verpreußung" des Südens also schon vorgeschritten, daß auch Bayern trotz aller militärischen Reservatrechte der Reserveoffizier eine politische Meinung nur haben darf, wenn sie der Regierung zugute kommt.

Über die Anwendung des preußischen Enteignungsgesetzes gegen die Polen.

wird folgende offiziöse Erklärung verbreitet:

„In den Erörterungen der Presse über die Stellungnahme der Regierung zur Enteignungsfrage wird meist der Nachdruck auf die Haltung des Landwirtschaftsministers gelegt, der angeblich die treibende Kraft gegen den Ostmarkenverein und die von diesem verlangte Enteignung sein soll. Demgegenüber darf man nicht außer acht lassen, daß die Frage der Ostmarkenpolitik in erster Linie das gesamte Staatsministerium angeht, an dessen Spitze der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident steht, der sich über seine Auffassung von der Notwendigkeit einer konsequenten Politik mehr als einmal deutlich geäußert hat. Erst in zweiter Linie ist die Ostmarkenpolitik eine Ressortfrage.

Daher widerspricht es den Tatsachen, von einem geänderten Kurs der Regierung zu schreiben, wie es neuerdings vielfach geschieht. Die Enteignungsfrage wird stets die ultima ratio bleiben, deren Anwendung sich das Staatsministerium vorbehält, wenn es mit dem Ministerpräsidenten die Zeit für gekommen erachtet, im Interesse der Ansiedlungspolitik zu anderen Maßnahmen überzugehen."

Die Bedeutung Marokkos für Deutschland.

Während die Kriegshetzer fortfahren, die Aufteilung Marokkos oder doch wenigstens die Festsetzung Deutschlands in Marokko zu verlangen, während Harden in der letzten Nummer seiner „Zukunft" wiederum den blödesten Kriegshetzerspuk vollführt, nimmt ein Kaufmann Löwe in Firma Cornelius Scherer, früher Oberleutnant und Schutztruppenoffizier auf der letzten Seite der „Zukunft" das Wort, um nachdrücklichst vor jeder deutschen Besitznahme in Marokko zu warnen. Auf Grund seiner Erfahrungen schreibt Löwe:

„Nach meiner Überzeugung kann die deutsche Politik in Marokko nichts anderes suchen als ein Mittel zur Verständigung mit Frankreich. Die von Ihnen vertretene Ansicht, die Gelegenheit zu einem Bündniszwang auszunutzen, muß daher als richtig mit Freude begrüßt werden. Ein Flottenstützpunkt an der marokkanischen Westküste: Das ist sicher zwar ein strategisch richtiger Gedanke, aber praktisch undurchführbar. Wenigstens müßten Engländer und Franzosen mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie uns einen solchen Platz erwerben ließen, ohne die Kosten dafür durch große Eingeborenen-Aufstände in absehbarer Zeit ins Unbezahlbare zu steigern. Weder England noch Frankreich hätte Grund, sich persönlich gegen die Sache einzusetzen. Dazu genügen vollkommen geschickte Agenten im Lande selbst. Jeder Quadratkilometer marokkanischen Besitzes würde gerade uns Millionen kosten, sogar bei völlig blauem europäischen Konzerthimmel. Selbst die allerreichsten Minenschätze könnten also niemals einbringen, was ihre Erwerbung uns gekostet hätte. Wenn man durchaus neuen Boden für deutsches Blut und Geld braucht, so liegt die Lüneburger Heide mit ihren sehr großen Entwicklungsmöglichkeiten uns ja wesentlich näher und bequemer; ist dabei erheblich billiger. Dagegen liegt es durchaus im Interesse Deutschlands, Marokko soviel wie möglich unter französischen Einfluß zu bringen, der in kurzer Zeit das französisch-englische Bündnis illusorisch machen muß und uns immer wieder Gelegenheit gibt, Frankreich in Marokko selbst so lästige lokale Schwierigkeiten zu bereiten, daß man froh sein wird, wenn wir unsere Gewehre und Kanonen nicht auf Paris richten. Die jetzt so oft gehörte Ankündigung des schwarzen oder berberisch-maurischen Armeekorps ist geradezu lächerlich. Frankreich wird, bei halbwegs geschickter Haltung Deutschlands aus Nordwest-Afrika nicht nur keinen Mann gegen uns mobil machen können, sondern, im Gegenteil, noch in jedem Jahr 20 000 Mann Elitetruppen aus der Heimat nach Marokko senden müssen, um dort Ruhe zu schaffen. Die Kosten solcher Expeditionen sind leicht zu berechnen. Ich will mich anheischig machen, mit einigen Millionen Mark in Marokko solche Unruhen zu stiften, daß den Leuten Hören und Sehen vergeht. Je mehr sich Frankreich dort festsetzt, umso besser für uns."

Das hält aber die Alldeutschen nicht ab, nach wie vor ihren wahnwitzigen Ideen zu huldigen.

Eine Reichstags-Nachwahl

steht in dem ersten badischen Wahlkreis Konstanz-Überlingen infolge Ablebens des Zentrums-Abgeordneten Hug bevor. Bei der letzten Wahl erhielten Hug 14 327, der Nationalliberale 8596 und der Sozialdemokrat 2565 Stimmen.

Der „nichtsnutzige Unfug" der „Post".

Bethmann-Hollweg hält es für notwendig, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" noch einmal die „Post" wegen ihres Marokkoartikels abzustrafen. Diesmal kommt es ihm hauptsächlich darauf an, die Übereinstimmung zwischen Ministern und dem Kaiser zu dokumentieren. An der Spitze der Wochenrundschau in der Nummer vom 13. August schreibt die „Nordd. Allgem. Zeitung":

„Es war ein Rückfall in eine für überwunden gehaltene üble Gewohnheit, daß in demjenigen Teil der deutschen Presse, der sich für besonders patriotisch hält, ohne jeden Grund die Person Seiner Majestät des Kaisers in den politischen Tagesstreit gezerrt worden ist. Der Appell von der deutschen Regierungspolitik an eine angeblich abweichende persönliche Politik des Monarchen wurde zuerst in der ausländischen Presse laut. Unsere nationalen Blätter konnten diesen kläglichen Versuch, den Kaiser gegen seine Berater auszuspielen, mit Verachtung strafen oder ihn ernst zurückweisen. Unerhört aber war es, daß eine unter der Flagge einer monarchischen Partei segelnde Zeitung, gestützt auf ausländische Tendenzmärchen, das Signal zu einer neuen Kaiserhetze gab. Der Streich ist mißlungen. Die deutsche Presse hat es, auch in Blättern alldeutscher Richtung, abgelehnt, in diese verleumderische Tonart gegen das Oberhaupt des Reiches einzustimmen. Der antimonarchische Hetzartikel versündigte sich nicht bloß in der Form; er ist in der Sache grundfalsch und tut dem Kaiser bitter unrecht. Er fördert eine Legendenbildung, die wir zerstören müssen. Die „Post" hat in einer späteren Auslassung noch wieder von „einem kalten Sturzbad von Swinemünde" geredet, worunter sie die Ausübung eines kaiserlichen Druckes auf den Reichskanzler und das Auswärtige Amt im Sinne ausländischer Wünsche versteht. Das ist abermals nichtsnutziger Unfug. Die Durchführung unserer Politik erfordert es, rücksichtslos mit der Unwahrheit aufzuräumen, diese Politik weise in irgendwelcher Unentschlossenheit an höchster Stelle einen schwachen Punkt auf, mit dem das Ausland rechnen könne."

Der „Post" wird dieser Rüffel sicher nicht angenehm sein. Sie muß ihn aber schlucken!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 14. August.

Achtung, Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter! Bei der Firma Fricke u. Co. legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendigt. Zuzug ist aber trotzdem streng fernzuhalten, da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind.

Der Vorstand.

Die Milchverteuerung, wie sie in Lübeck und Umgegend von den Agrariern und deren Werkzeugen durchgeführt werden soll, ist nicht nur völlig ungerechtfertigt, sondern auch in sanitärer Beziehung sehr bedenklich. Das ist auch von unserem Genossen Dr. Schlomer in der großen Volksversammlung, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, ausdrücklich betont und auch bewiesen worden. Wenn man nun einen Blick in die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden wirft, so zeigt sich folgendes interessantes Bild: Im Jahre 1910 betrug in Lübeck der Milchkonsum 162,3 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Bei 2 Pfg. Preiserhöhung pro Liter und hunderttausend Einwohnern beträgt also der Mehrgewinn des Milchringes pro Jahr 324 000 Mk., also noch 84 000 Mk. mehr als Genosse Dr. Schlomer in seinem Vortrag berechnete, da er nur den durchschnittlichen Milchkonsum von 120 Liter pro Kopf und Jahr annahm. Lübeck stand bisher an sechster Stelle der deutschen Städte mit der Höhe seines Milchkonsums. Die Teuerung wird diese hocherfreuliche Tatsache bald in ihr Gegenteil verkehren. Das ersieht man daraus, daß im Jahr 1902 der Milchkonsum über 200 Liter pro Kopf betrug, also infolge der vorigen Milchpreiserhöhung schon bedeutend herabging, nämlich bei 85 000 Einwohnern im Jahr 1902 betrug der Milchkonsum 17½ Millionen Liter, 1910 bei 98 000 Einwohnern nur noch 17 Millionen. — Daß es übrigens auch ohne Milchpreiserhöhung geht, wenn die Händler nur wollen, zeigt folgender Beschluß: Die Milchhändler von Essen und Umgegend beschlossen in ihrer Hauptversammlung am Dienstag einstimmig, eine Erhöhung des Milchpreises, trotz der von den Produzenten erhöhten Einkaufspreise, nicht eintreten zu lassen. Die Händler hoffen, genügend Zufuhr von außerhalb zu erhalten, so daß eine Preissteigerung vermieden werden kann.

Zirkus Sarrasani kommt nicht nach Lübeck. Das angekündigte Gastspiel des großen Zirkus Sarrasani in Lübeck wird nicht zur Ausführung kommen, weil das Polizeiamt die Spielerlaubnis über den 15. September hinaus für den

Zirkus nicht erteilen will. Polizeiliche Bedenken gegen den namhaften Zirkus konnten wohl kaum geltend gemacht werden, dagegen will die Behörde offenbar dem Stadttheater ihren Schutz angedeihen lassen. Eigentlich müßte man sich darüber wundern, warum das Lübecker Polizeiamt nicht auch die gleiche Fürsorge für die schwer um ihre Existenz kämpfende Sommerbühne geltend macht. Mit Recht kann man übrigens die Frage aufwerfen: Ist man wirklich in der Polizeibehörde der Ansicht, daß der Zirkus mit seinen dressierten Elefanten, Kamelen und Dromedaren Schiller und Wagner ernstlich Konkurrenz macht. Soviel ist sicher, daß durch die Nichtgenehmigung des Gesuchs des Zirkus über den 15. September hinaus zu spielen kaum jemand veranlaßt wird, ins Stadttheater zu gehen. Uns scheint darum dieses einseitige Verhalten des Polizeiamtes bei allem Interesse und Wohlwollen für das Theater in jeder Beziehung unberechtigt und verkehrt zu sein. Zahlreiche hiesige Einwohner, die durch das Gastspiel des Zirkus Sarrasani und dem damit verbundenen Fremdenzustrom von auswärts nicht zu unterschätzende Vorteile gehabt hätten, sind dadurch direkt geschädigt worden. Will übrigens die Behörde konsequent sein, so müßte sie noch mancherlei andere Vorführungen hintertreiben, die auch sehr nützlich und angenehm für das Publikum sind, aber weit eher geeignet sind, den Theaterbesuch ungünstig zu beeinflussen, als ein größeres zirzensisches Unternehmen.

Zur Abonnentenversicherung. Am Freitag voriger Woche brachten wir einen typischen Fall des „Segens" der Abonnentenversicherung aus Neumünster, durch den bewiesen wurde, aus welch nichtigen Gründen die Zahlung der Entschädigungssumme an die Hinterbliebenen Verunglückter abgelehnt wird. Wir brauchen aber gar nicht soweit zu gehen, der „Lübecker General-Anzeiger" macht es ebenso. In der ersten Hälfte des Monats Juli verunglückte der Arbeiter Buck aus Schwartau-Kaltenhof in dem toten Arm der Trave bei der Teerhofinsel beim Baden. Buck war ein durchaus sicherer Schwimmer und war das Baden an der betreffenden Stelle nicht verboten, vielmehr nahmen die Arbeiter dort fast täglich ein erfrischendes Bad. Die Witwe des durch den Unfall ums Leben Gekommenen glaubte nun, gestützt auf die mit so großem Tamtam bekannt gemachte Abonnentenversicherung des General-Anzeigers Anspruch auf die Unfallentschädigung zu haben und ließ ihren Anspruch durch ihren Schwager Herrn J. in Schwartau beim Verlage anmelden. Dort wurde dem Schwager dann gesagt, die Sache solle untersucht und ihm dann Antwort erteilt werden. Auf wiederholte Anfragen erhielt er dann nach reichlich drei Wochen den nachstehenden Bescheid:

Auf Ihr w. Schreiben vom 8. cr. teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Schwester, Frau Buck, keinen Anspruch auf unsere Unfallentschädigung hat, weil ihr verstorbener Mann beim Baden an einer Stelle, die nicht unter Aufsicht steht, verunglückt ist. Derartige Unfälle sind aber nach § 7 der näheren Bestimmungen über unsere Unfallentschädigung von der Versicherung ausgeschlossen.

Ein Exemplar der näheren Bestimmungen über unsere Abonnentenversicherung legen wir zu Ihrer Orientierung bei.

Hochachtungsvoll

Verlag des
Lübecker General-Anzeiger.
Charles Coleman.

Nach fast einem Monat hatte der Verlag also glücklich in den Statuten über die Unfallentschädigung einen Passus entdeckt, mittels dessen er mit einem Scheine des Rechtes die Entschädigung abweisen konnte. „Es war ja an der Unfallstelle keine Aufsicht vorhanden gewesen!" Daß aber ein solcher Unfall sich gerade in derselben Weise auch bei vorhandener Aufsicht ereignen konnte, wird wohl kaum im Ernst von Herrn Ch. Coleman bestritten werden können. Das schönste aber ist, daß von diesen Bestimmungen über die Unfallentschädigung kaum ein Bruchteil der Abonnenten Kenntnis haben wird. Diese Bestimmungen sind so kompliziert und mannigfaltig, daß der Verlag fast immer ein Loch finden wird, durch das er hindurchschlüpfen kann. Wem z. B. wird es bekannt sein, daß er die Abonnementsquittung mit seinem Vor- und Zunamen, seiner Wohnung und dem Datum versehen muß? Erleidet nun jemand einen tödlichen Unfall und hat diese Vorbedingung nicht erfüllt, so kann der Verlag mit Recht die Entschädigung ablehnen. Hat aber wirklich einmal ein Verunglückter unbestritten Anspruch auf die 1000 Mk. und er war noch anderweitig gleichartig versichert, z. B. als Leser des „Nach Feierabend" oder der „Lüb. Nachrichten", so zieht ihm der Verlag von den 1000 Mk. noch den Betrag ab, den er von einem dieser Verlage erhält, selbst wenn dieser schon gepfändet oder infolge anderweitiger Rechtsgeschäfte nicht zur Auszahlung gelangt. Es würde zu weit führen, alle diese Bestimmungen hier wiederzugeben; bei ihrer Mannigfaltigkeit aber müßte man mindestens verlangen, daß sie gedruckt den Abonnenten in die Hände gegeben würden. Aber dann würde der ganze Abonnentenversicherungsunfug den Lesern offenbar werden und mancher sich sagen, unter diesen Umständen verzichte ich auf den „Segen" der Abonnentenversicherung.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Juli 1911. Befördert sind: 1911: 675 141 Personen, 1910: 632 939 Personen, (+ 42 202 Personen). Eingenommen sind: 1911: 67 807,98 Mark, 1910: 61 296,14 Mark, (+ 6511,84 Mark). Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1911. Befördert sind: 1911: 2 523 209 Personen, 1910: 2 324 133 Personen, (+ 199 076 Personen). Eingenommen sind: 1911: 252 883,22 Mark, 1910: 225 065,33 Mk., (+ 27 817,89 Mk.).

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 12. August, morgens 6 Uhr: Wasser 23, Luft 18; morgens 10 Uhr: Wasser 24, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 24½, Luft 26; abends 6 Uhr: Wasser 24½, Luft 23 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 2500 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 2000 weibliche Personen.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 13. August, morgens 6 Uhr: Wasser 23, Luft 18; morgens 10 Uhr: Wasser 24½, Luft 25; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 27 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 1500 männliche, 1000 weibliche Personen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend abend bei der Drehbrücke. Dort geriet der Bahnarbeiter Cornehls beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwaggons, wobei ihm die Brust eingedrückt wurde. Nach einer halben Stunde erlag der Bedauernswerte seinen schweren Verletzungen.

Arbeiterrisiko. Montag morgen gegen 7 Uhr verunglückte auf dem Dampfer „Eduard Grothmann" der Hafenarbeiter H. Fedder, in Brandenbaum wohnhaft, dadurch, daß ihm eine Hieve Bretter gegen das rechte Bein schlug, sodaß der Verunglückte einen schweren Beinbruch davontrug. Er wurde mittels Sanitätswagens ins Krankenhaus gebracht.

Das Hansatheater öffnete mit dem gestrigen Tage nach längerer Pause seine gastlichen Pforten zu einer Ringkampf-Konkurrenz. 14 Teilnehmer hatten sich hierzu gemeldet. Das Resultat des ersten Abends war folgendes: Gerikoff (Uralkosak) besiegte Bordel (Westpreußen). Collon (Luxemburg) wurde vom Europameister Müller besiegt. Hansen (Dänemark) warf Rosch (Sachsen). Den Ringkämpfen ging eine kleine aber ausgezeichnete Spezialitäten-Vorstellung voraus. Man konnte wirklich im Zweifel sein, welcher der vier Nummern man den Vorzug geben sollte. Gottlieb Reck ist den Besuchern des Hansatheaters kein Unbekannter mehr; er wurde deshalb schon bei seinem Auftreten mit reichem Applaus begrüßt. Seine Kuplets, teils drastischen, teils politischen Inhalts fanden beim Publikum inniges Verständnis, so daß er sich immer wieder zu einer Zugabe verstehen mußte. — Mit affenartiger Geschwindigkeit arbeitete der Verwandlungskünstler Egon Piton, der wohl an fünfundzwanzig verschiedene Typen aus dem Volke in erstaunlicher Ähnlichkeit vorzuführen vermag. — Von jungen hübschen Damen elegant ausgeführte Tänze zu sehen, ist immer ein Vergnügen. Wenn diese gar noch, wie im vorliegenden Falle, durch die Geschwister van Hoff durch angenehm klingenden Gesang begleitet werden, so ist es kein Wunder, wenn die Erschienenen die Darbietungen durch lebhaften Beifall auszeichneten. — Einen prächtigen Anblick gewährten die Wasserspiele der schönen Serena, die noch durch wunderbare Lichteffekte und lebende Bilder begleitet wurden. Alles in allem hat die Direktion durch die Auswahl dieses Programms ihren alten guten Ruf aufs neue befestigt. Das besonders in den oberen Rängen recht zahlreich erschienene Publikum lohnte die sämtlichen Darbietungen denn auch durch lebhaften wohlverdienten Beifall.

pb. **Diebstahl.** Am 12. d. M. sind einem in der Kolonie beim Hochofenwerk wohnhaften Arbeiter ein blauer Jackettanzug und ein Paar Schnürstiefel abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Für Dienstag ist zum Benefiz des beliebten Komikers und Spielleiters Jul. Seidler die reizende Operette: „Die Glocken von Corneville" vorbereitet. In der Rolle des Gaspard hat der Benefiziant so recht Gelegenheit, seine Vielseitigkeit und sein schönes Können auszunützen. Die Haiderose singt Blanda Hoffmann, die Germaine Cilli Schönberger, den Henri Fritz Redwitz und den Gremicheux Henry Stone. Am Mittwoch geht letztmalig als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen, 75 und 50 Pfg., das erfolgreiche Lustspiel von Keßler u. Katsch in Szene. Donnerstag ist auf Wunsch der hier zum Unterrichtskursus weilenden Engländer Lessings „Emilia Galotti" in Vorbereitung.

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck trat am gestrigen Sonntag vormittag im festlich geschmückten Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg zusammen. Um 10¼ Uhr eröffnete der Zentralvorsitzende, Genosse Fick-Stockelsdorf, die Generalversammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Zu Ehren der Delegierten brachte die Fackenburger Liedertafel zwei Kampfeslieder zu Gehör. Genosse O. Nickel begrüßte hierauf im Namen der Stockelsdorfer Genossen die erschienenen Delegierten.

Dem vom Genossen Fick erstatteten Bericht des Zentralvorstandes entnehmen wir, daß die Parteiorganisation im Fürstentum Lübeck im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Genossen stieg gegen 1910 von 901 auf 1103, die der Genossinnen von 146 auf 175, sodaß insgesamt 1278 Genossen und Genossinnen aufzuweisen sind. Die Zahl der Gewerkschaftler stieg im gleichen Zeitraum von 1902 auf 2344. Die Abonnentenzahl des „Lübecker Volksboten" stieg von 655 auf 819, 45 öffentliche Versammlungen, die sich mit der Gemeinderatswahl, mit der politischen Lage und sonstigen aktuellen Fragen beschäftigten, wurden abgehalten; außerdem fanden 98 Mitglieder- und 21 Frauenversammlungen statt. Die Aufklärungsarbeit wurde durch Verbreitung einer Reihe Flugschriften 2c. gefördert. Infolge der Maifeier, an der sich fünf Orte beteiligten, fand eine Aussperrung bei der Firma Villeroy u. Boch in Dänischburg statt. Die Jugendbewegung macht sehr langsame aber stetige Fortschritte. Die Gemeinderatswahlen brachten uns einige Erfolge. So kann man im allgemeinen mit dem Erfolg der Agitationsarbeit wohl zufrieden sein, was uns jedoch nicht abhalten darf, noch rastloser und energischer als bisher in die Agitation einzutreten, damit auch im kommenden Jahr weitere Fortschritte aufzuweisen sind.

Den Kassenbericht des Zentralvereins erstattete Genosse Bull-Ravensbusch, der zunächst monierte, daß die Kassenberichte einzelner Ortsvereine zu spät einlaufen. Die Einnahmen der Zentralkasse beliefen sich auf 3798,08 Mk., die Ausgaben auf 3192,20 Mk., sodaß ein Überschuß von 605,88 Mark aufzuweisen ist.

Auf der Generalversammlung sind nach dem erstatteten Bericht anwesend 13 Delegierte, 2 Delegiertinnen, Genosse Kürbis-Altona als Vertreter der Agitationskommission, Genosse Schwartz-Lübeck als Vertreter des Parteigeschäfts, Genosse Stelling-Lübeck als Reichstags-Kandidat, die Landtags-Kandidaten, sowie Vertreter der Kontroll-Kommission und des Zentralvorstandes, insgesamt 23 Personen.

Den vom Genossen Prüss-Schwartau erstatteten Bericht der Kontrollkommission ist zu entnehmen, daß die Kommission die Kasse immer in bester Ordnung befunden hat. Auch dieser Redner beschwerte sich darüber, daß die Abrechnungen der Ortsvereine häufig so spät einlaufen.

Der Bericht der Ortsvereine zeigt, daß allenthalben ein guter Fortschritt aufzuweisen ist, trotzdem sich auch hier mancherlei Schwierigkeiten der Agitation unserer Genossen entgegenstellten. Lokalabtreibungen sind jetzt mehr als bisher an der Tagesordnung:

In der Diskussion über die gegebenen Berichte wies Genosse Schwartz darauf hin, daß die Orte, in denen der „Volksbote" kolportiert wird, dem Verlag baldigst die Personalien, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Austräger aufgeben möchten, da die Berufsgenossenschaft diese von dem Geschäft verlange. Weiter verbreitet Redner sich über den Stand des Geschäfts. Es sei dringend notwendig, daß die Parteigenossen und Genossinnen mehr als bisher für ihr Blatt agitieren, damit sich der Abonnentenstand noch mehr als bisher hebt. — Genosse Stelling ist erfreut über die Fortschritte in politischer Beziehung. Redner wünscht, daß die Genossen sich mehr an der Berichterstattung beteiligen. — Die Genossen Nickel-Stockelsdorf und Gloe-Neudorf ersuchten, daß die Gewerkschaftler mehr als bisher für den „Volksboten" gewonnen werden. Man möge sich dieserhalb an die Kartelle wenden. — Genosse Tiedt-Seeretz wünscht, daß der „Volksbote" auch die Holzauktionen im Fürstentum veröffentlicht. — Genosse Leu-Schwartau plädiert dafür, daß die kleineren Ortsvereine sich den größeren Ortsvereinen angliedern. — In seinem Schlußwort ging Genosse Fick auf die erhobenen Einwände ein und spornte zur regen Agitation für die Partei und die Presse an.

Den Bericht über die letzten Gemeinderatswahlen gab Genosse Fick. Derselbe beschäftigte sich in eingehender Weise mit den Resultaten in den einzelnen Orten. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Stelling, Leu, Nickel, Evers, Gloe, Tiedt, Kruse, Evers und Borchert.

Über die bevorstehenden Land- und Reichstagswahlen sprach eingehend Genosse Stelling. Er kennzeichnete das schofle Verhalten einiger Liberaler im Fürstentum, die mit den Landbündlern kompromisseln wollen. Hieraus könne man wieder einmal ersehen, daß die Sozialdemokratie die einzigste energischste Bekämpferin des schwarz-blauen Blocks sei.

In bezug auf die Reichstagswahlen gab Redner zunächst einige organisatorische Winke, um dann der politischen Situation seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit aller Schärfe protestierte er gegen die Kriegshetzer und gegen den Imperialismus; es gelte jetzt, die Situation auszunützen und kräftig zu agitieren, damit wir mit Befriedigung auf die Wahltage zurückblicken können. — In der Diskussion ergänzte Genosse Schwartz die Ausführungen des Referenten und wies auf die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Gewerkschaftler an der Hand einer Reihe Tatsachen hin. — Genosse Rebenstorf geißelte ebenfalls das Verhalten der „liberalen" Lehrer Voß und Graage und wies darauf hin, daß Voß im Eutiner Gemeinderat die Nachtwächter höhnisch als eine besondere Kategorie von Menschen bezeichnete. Es handelte sich hier um eine kleine Gehaltsaufbesserung der schlechtbesoldeten Nachtwächer, die nicht den Beifall des „liberalen" Lehrers Voß fand. — Genosse Evers warf interessante Rückblicke auf die Vorgänge bei früheren Landtagswahlen. Wenn wir alles aufbieten, muß unser der Sieg sein. — Die Genossen Gloe, Nickel, Bull, Tiedt, Giese und Stelling beteiligten sich noch an der recht lebhaften Debatte.

Zum Punkte Anträge und Delegiertenwahlen zu den Parteitagen wünschte Genosse Gloe vom schleswig-holsteinischen Parteitag eine einheitliche Regelung der Diätenfrage. Zu Delegierten zum schleswig-holsteinischen Parteitag in Eutin wurden gewählt die Genossen Nickel, Gloe, Bull, Wulff und Giese, sowie die Genossin Leu. Außerdem nehmen der Kreisvorsitzende und der Reichstagskandidat an dem Parteitag teil. — Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen soll von einer Delegation zum deutschen Parteitag Abstand genommen werden. Das Mandat zur Frauenkonferenz soll dem Genossen Stelling mit übertragen werden.

Der Sitz des Zentralvorstandes bleibt in Stockelsdorf, zum Vorsitzenden wurde Genosse Fick, zum Kassierer Genosse Bull wiedergewählt. Der Sitz der Kontrollkommission verbleibt in Schwartau.

Der letzte Punkt umfaßte eine Anzahl Anträge. Die Kontrollkommission beantragt, die Entschädigung für den Zentralvorsitzenden und den Kassierer von 25 Mk. jährlich auf 50 Mk. jährlich zu erhöhen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ein Antrag des Ortsvereins Neudorf, den monatlichen Beitrag aufzuheben und hierfür einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfg. ab 1. April 1912 einzuführen, wurde abgelehnt; dagegen ein Antrag Leu angenommen, nach welchem die Ortsvereine ersucht werden, den Zehn-Pfennig-Wochenbeitrag einzuführen. Der Antrag Schwartau, allgemeine Plakate für die Ortsvereine anzuschaffen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag auf Zentralisation des Bildungswesens wurde angenommen. Ein Eutiner Antrag, daß die Generalversammlung sechs Wochen vor Stattfinden derselben bekannt gegeben und die Anträge früher als bisher den Ortsvereinen zur Prüfung übermittelt werden soll, wurde angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende Genosse Fick mit einem kernigen Schlußwort um 8 Uhr abends die Generalversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Schwartau. Der Kuhhandel zwischen den Bündlern und einem Teile der Liberalen ist perfekt geworden. Gestern nachmittag fand hier in Heuers Hotel eine von etwa 90 Personen besuchte Zusammenkunft der bürgerlichen Wähler für den südlichen Wahlkreis (Stockelsdorf, Schwartau usw.) statt. In derselben gerieten sich die sogenannten liberalen Lehrer und Konkurrenten Voß-Stockelsdorf und Graage-Schwartau, die beide mandatslüstern sind und unter allen Umständen den Landtag „zieren" möchten, arg in die Haare. Jeder war erbost darüber, daß ihm der andere bei Vergebung der Kandidatur den Rang ablaufen wollte. Während Voß zum Schein in seinen Ausführungen erklärte, daß er sich in bezug auf das Schul- und Wahlgesetz auf das liberale Programm stütze, in allen anderen Punkten aber mit den Mehrheitsparteien gehen wolle, sprach Graage wie ein echter, rechter Reaktionärer. Natürlich zogen beide insofern an einem Strange, als sie einem Kompromiß das Wort redeten. Jeder war hierbei der süßen Hoffnung, daß er mit auf die Kompromißliste käme. Der Vorsitzende des hiesigen Bürgervereins, Schulte, legte sich gleichfalls für das Kompromiß ins Zeug. Dem Amtsgerichtsrat Heimburg, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, ist ein waschechter Agrarier und ein agrarisch angehauchter Nationalliberaler am angenehmsten. Auf einer ähnlichen Linie bewegte sich der Erbpächter von Ladiges-Stockelsdorf, der für einen harmlosen Agrarier schwärmt und als solchen einen Herrn Westphal aus Niendorf vorschlug. Die Abstimmung ergab 83 Stimmen für den agrarischen Rentner Franke-Schwartau, 41 Stimmen für Voß, 38 Stimmen für den „harmlosen" Herrn Westphal. Der Mitkonkurrent von Voß, Lehrer Grage, fiel schmählich herein, er erhielt nur 16 Stimmen. Außerdem brachte es Dr. Klaue, Oberamtsrichter, auf 9 Stimmen. Nach der Abstimmung wollten verschiedene Unzufriedene eine erneute Abstimmung zwischen Voß und Westphal herbeiführen; ihr Plan mißlang aber. — So ist also jetzt das Kompromiß zwischen Liberalen und Bündlern perfekt. Was sagt die Eutiner Parteileitung der Liberalen jetzt? Wird sie nun Voß von sich abschütteln? Wir wollen es abwarten.

Gr. Parin. Mit den Landtagswahlen beschäftigte sich hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung, die am Sonnabend im Lokale des Herrn Dettmann tagte. Die Bedeutung der Landtagswahlen sowie das neue Wahlgesetz erläuterte Genosse Stelling-Lübeck, während die Kandidaten Bull und Fick das Steuer- und Schulgesetz behandelten. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf.

Hamburg. Großfeuer. Am Sonntag abend kurz nach 11 Uhr kam in einem strohbedeckten Hause in Eidelstedt ein Feuer zum Ausbruch, das in kurzer Zeit ein weiteres Wohnhaus und eine Scheune ergriff. Andere Gebäude und die Kirche sind gefährdet. Die Löscharbeiten waren durch Wassermangel außerordentlich gefährdet. Vermutlich liegt Brandstiftung vor. — Vom Automobil überfahren. Sonntag nachmittag lief der siebenjährige Sohn des Feuerwehrfeldwebels Rettel beim Spiel vor dem Hause Große Brunnenstraße 150 direkt gegen ein vorüberfahrendes Automobil und stürzte, sodaß das Auto ihm über den Kopf fuhr. Der Tod des Knaben trat auf der Stelle ein. — Eine Liebestragödie spielte sich Sonntag früh gegen 8½ Uhr auf dem Hofe Große Roosenstraße 93 ab. Der Seemann Götze gab aus Eifersucht mehrere Revolverschüsse auf seine Braut, die unverehelichte Alma Dahm, ab, von denen einer in den Hals und zwei in die Brust drangen. Dann richtete er die Waffe auf sich selbst und schoß sich in Kopf und Brust. Die Dahm ist gleich nach ihrer Überführung im städtischen Krankenhause gestorben, während Götze hoffnungslos darniederliegt.

Hamburg. **Blutige Tat.** Hart an der Hamburg-Barmbeker Grenze, im Fiedlerschen Lokal, wurden in der letzten Woche wiederholt die Waren-Automaten erbrochen und ihres Inhaltes beraubt. In der Nacht auf Freitag wurde der Besitzer durch ein verdächtiges Geräusch aus dem Schlafe geweckt. Er begab sich, mit einem Gummischlauch bewaffnet, in den Garten, wo sich mehrere verdächtige Gestalten umherdrückten. Auf seinen Anruf sprang einer der unheimlichen Burschen auf ihn los und versetzte ihm, bevor er sich zu verteidigen vermochte, mit einem Messer einen tiefen Stich in die Brust. Bevor Hilfe zur Stelle war, waren die Übeltäter entflohen. Der Zustand des Verletzten hat sich so verschlimmert, daß er nach dem Marienkrankenhaus gebracht werden mußte.

Neumünster. Heidebrand. Auf dem Gelände, das begrenzt wird von der Altonaer Chaussee und Hartwigswalde, wütet seit Freitag mittag ein großer Heidebrand. Die Ursache der Entstehung des Brandes soll ein Handwerksbursche gewesen sein, er warf ein brennendes Streichholz achtlos fort. — Beim Baden ist der hiesige Gerber Westphal ertrunken. — Dem landwirtschaftlichen Arbeiter Wüstemann wurden durch eine Mähmaschine beide Beine abgeschnitten.

Elmshorn. Tödlicher Unglücksfall. Sonnabend früh wurde der achtjährige Sohn Wilhelm des Gerbers Voß (Langelohe) von einem mit Schweinen seines Vaters beladenen Wagen des Fuhrwerksbesitzers Meißner überfahren. Der Junge kletterte während der Fahrt zwischen die beiden hintereinandergekoppelten Wagen und fiel herunter. Der letzte Wagen fuhr ihm über Brust und linken Arm. Der Knabe starb kurze Zeit nach dem Unfall in den Armen seines Vaters.

Ludwigslust. Großfeuer. Infolge von Selbstentzündung ist das Proviantamtsmagazin mit etwa 10 000 Zentnern Heu und Stroh niedergebrannt.

Rostock. Moorbrand. Das große Moor zu Göldenitz bei Kavelstorf, Eigentum der Stadt Rostock, ist vermutlich infolge der Dürre in Brand geraten. Da nicht sofort Hilfe zur Stelle war, griff das Feuer immer weiter um sich und sprang schließlich infolge des starken Windes auf den nahen Wald über, wo es in dem Unterholz und dem dürren Gras reichliche Nahrung fand. 60 Pioniere und etwa 20 Mann der Rostocker Feuerwehr eilten zur Brandstätte, konnten aber dort, wo es am nötigsten war, wegen des heftigen Rauches dem Brande keinen Einhalt tun. Mitverbrannt ist eine Torfscheune mit etwa 50 Tausend Inhalt.

Neustrelitz. Landesherr und Ritterschaft. Die mecklenburgischen Junker, die bisher die Einführung einer Verfassung für die beiden Mecklenburg verhinderten, besaßen jüngst die Unverfrorenheit, in einem von ihnen aufgestellten Verfassungsentwurf zu verlangen, daß die Masse des Volkes entrechtet bleiben müsse. Diesen Vorschlag haben die trutzigen Ritter nunmehr dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz überreicht, der den Herren die für einen Landesfürsten immerhin recht bemerkliche Antwort gab:

„Der mir bereits bekannte Inhalt der von Ihnen überreichten Resolution meiner getreuen Ritterschaft erfüllt mich mit Betrübnis und aufrichtiger Sorge. Ich bedauere dies sehr. Ich bin stets der Überzeugung gewesen, daß das Bedürfnis nach einer Änderung der bestehenden Landesverfassung vor allem aus der Notwendigkeit entspringt, weitere Kreise der Bevölkerung zur Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten Landesangelegenheiten heranzuziehen, und zwar schon allein aus dem Grunde, weil die persönlichen und pekuniären Opfer, die für die Förderung der Landesinteressen gebracht werden müssen, wie in allen deutschen Staaten, so auch bei uns von Jahr zu Jahr größere und beschwerlichere werden."

Ob die mecklenburgischen Granden besonders geistreiche Gesichter zu dieser Abfuhr gemacht haben, wird nicht vermeldet.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Die ideale Forderung, Lustspiel in 3 Akten von Keßler und Katsch. Am Freitag gab es an unserer Sommerbühne eine wirkliche Premiere; also gewissermassen ein kleines Ereignis im Lübecker Theaterleben. Wo aber blieb das Publikum? Die Stadthalle zeigte auch an diesem Abend die gewohnte Leere. Das ist um so bedauerlicher, als das neue Stück wirklich ganz nett und amüsant ist. „Die ideale Forderung" ist kein Lustspiel, das auf literarischen Wert Anspruch erhebt; es will einige Stunden angenehme, heitere Unterhaltung bringen. Und diesen Zweck erfüllt es in bester Weise. Die Handlung ist kurz folgende: Der Schriftsteller Hildebrand hat ein Theaterstück verfaßt, das seine eigene Liebesgeschichte mit den verschiedensten Einzelheiten behandelt, die nur ihm und seiner Braut bekannt sind. Er hat das getan, weil er sich aus nichtigen Gründen mit seiner Herzallerliebsten entzweit hat, und sich an dieser rächen will. Ein Onkel von ihnen, der Schuhmachermeister Hildebrand, sorgt dafür, daß das Stück an einem Theater zur Aufführung gelangt. Wie das so geht auf der Bühne und manchmal auch im Leben, versöhnt sich das Pärchen endlich wieder; und gerade an dem Tage, an dem das Stück erstmalig gegeben werden soll. Als alle Bemühungen, die Aufführung zu verhindern oder das Bräutchen vom Besuch dieser Vorstellung fernzuhalten, fehlschlagen, gibt schließlich — nach einem vergeblichen Niederzischungsversuch durch die Claque — der Onkel sich für den Verfasser aus. Das gibt neue Verwirrungen, zumal neben der Tante auch die Angehörigen des edleren Schuhmachergewerbes mit besonderem Stolz auf ihren Pseudo-Hans-Sachs blicken. Schließlich löst sich das Ganze in Wohlgefallen auf.

Wie gesagt, ist das Lustspiel recht flott geschrieben und mit unleugbarem theatralischen Geschicke gemacht. Gespreizte Geistreicheleien im Dialog, wie man sie bei so manchen neuen Lustspielen findet, sind glücklicherweise vermieden, dafür aber diverse recht wirkungsvolle Situationen herausgearbeitet worden. Die Ausführung am Freitag, die Herr Pichon als Regisseur mit gewohnter Umsicht leitete, war von den besten Absichten getragen. Wenn sie trotzdem nicht immer allen Anforderungen genügte, so liegt das eben an Umständen, auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen. Soviel steht jedoch fest, das Publikum amüsierte sich vortrefflich. Reicher Beifall rief den Mitverfasser, Herrn Keßler, häufig vor der Rampe. Alles in allem: es war ein hübscher Erfolg.

Am Sonntag gastierte das Ballett „Excelsior" im Stadthallen-Theater. Die graziös ausgeführten choreographischen Darbietungen fanden beim Publikum lebhafte Anerkennung. Ganz besonders der temperamentvoll und rassig getanzte Czardes. Heute abend findet das letzte Gastspiel des Ballettkorps statt. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 12. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. — —1,50 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk. Hühner 2,00—2,60 Mk., Küken Stück 1—1,60 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gössel Stück —,— Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. —, —1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 6 u. 7 Stück 60 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen —,— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. — 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. 30—40 Pfg., Kartoffeln neue 10 Pf. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 12. Aug

Auftrieb 1715 Schweine. Markt langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 58,— bis 59,00 (—,— bis 47,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 58,50 bis 59,— (—,— bis 47,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 59,— bis 60,— (46,— bis 47,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 59,— bis 60,00 (46,— bis 47,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,00 bis 57,00 (41,— bis 43,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 51,00 (—,— bis 41,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 44,— bis 48,— (34,50 bis 37,00) Mk.

Quittung.

Für den Reichstagswahlfonds im Fürstentum Lübeck (1. oldenb. Wahlkreis) gingen bei dem Unterzeichneten ein:

X-Y-Kasse des Tremser Eisenwerks, Abt. Emaille	10,— Mk.
Überschuß vom Ahrensböker Gewerkschaftsfest	26,50 „
	36,50 Mk.
Bereits quittiert	101,55 „
	Sa. 138,05 Mk.

Der Zentralvorstand der Soz. Partei für das Fürstentum Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck

Eine 3-Zimm.-Wohn.
zu vermieten.
Schwartauer Allee 223a.

Zum 1. Oktober die **3. Etage,** 2 Zimmer u. Zubeh., an einzelne Leute zu verm. Preis 170 Mk.
Wickedestr. 29.

Parterre-Wohn., 2 Zimm., Kell. u. Zubeh., 170 Mk., z. 1. Okt. zu verm., auch für jed. Geschäft pass.
Ratzeburger Allee 25.

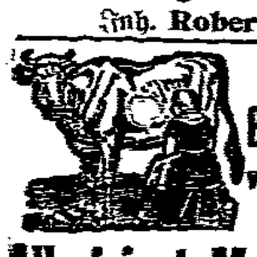
Gesucht zum 1. September eine **kl. Wohnung.** Angeb. u. **W 100** an die Exped. d. Bl.

Gesucht sofort ein tüchtiger
Schuhmacher.
J. Kalkhorst, Fünfhausen 7.

Zwei tüchtige zuverlässige
Arbeiter.
Herm. Stamer, Brauerei, Meierstr. 15.

Dickfl. Dammwild-**Rippen** 50 Pfg. pro Pfd., sehr schön in Kohl,
dito Nacken
pro Pfd. 60 Pfg.
empfiehlt
Frd. Holst,
Fleischhauerstr. 8. Tel. 1216.

Kondensierte Milch
bester Ersatz für frische Milch.
3 Dosen 1.50 Mk.
Adler-Drogerie Schwartau
Inh. Robert Tern.

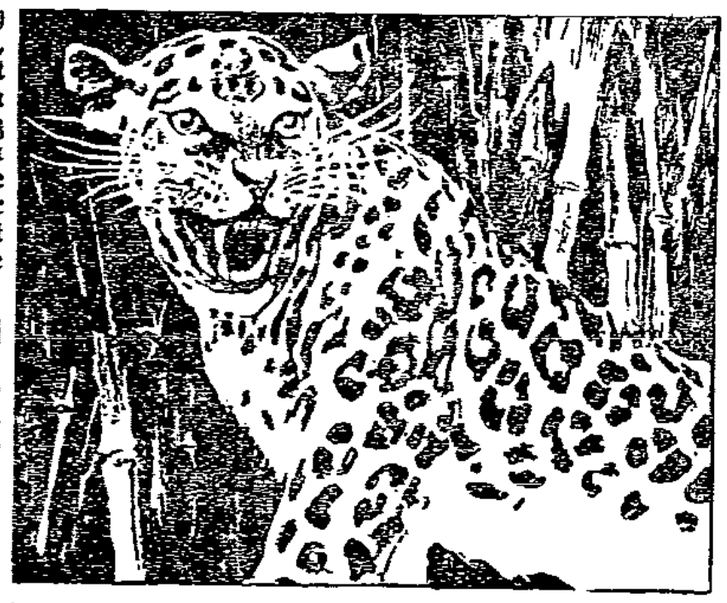

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk.

Bettfedern u. Daunen
konkurrenzlos in Ware und Preis.
Blücherstr. 27. **M. Otto** Blücherstr. 27.
Betten werden daselbst gründlich gereinigt und nachgefüllt.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**
pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:
Carl Hagenbeck **Von Tieren und Menschen**

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in
Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.
Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

60 000 Exemplare bereits verkauft

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehenden Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm" liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern ebenso Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Bestellschein — Bestell. ausfüllen und einsenden
An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co
Unterzeichnete bestellt hierdurch
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen
Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung zu entrichten.
Name und Stand: _____
Genaue Adresse: _____

Fahrrad, gut erhalten, wegen Todesfall billig zu verkaufen.
Schmiedestr. 4—6, II.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 14. August,
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über **„Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Tischler in Lübeck vor 100 Jahren".** Referent: Koll. **Schulz.**
2. Bericht des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

HANSA THEATER
Beginn des Konzerts 8 Uhr.
Beginn der Vorstellung 8½ Uhr.
Heute Montag, 14. August,
am 2. Tag der
6. Ringkampf-Konkurrenz
ringen:
Egeberg, Weltmeister — Manfredo, Italien
Buckheim, Sachsen — Luppa, Böhmen
Winzer, Hamburg — Rosch, Sachsen
Vorher:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.
Dienstag 8 Uhr. Außer Abonn.
Benefiz f. Spielleiter **Jul. Seidler.**
Gastspiel Fritz Redwitz.
Die Glocken von Corneville.
Operette in 3 Akten v. Planquettes.
Gaspara . . . . . Julius Seidler.
Mittwoch 75 und 50 Pfg.
Die ideale Forderung.
Donnerstag:
Emilia Galotti.

Gesucht eine
Plätterin
für Mangelwäsche und Maschinenplätterei.
Jürß, Gärtnergasse 5, St. Jürgen.

Käse! Käse!
Alle Sorten sehr billig.
Kleinverkauf vom Engros-Lager.
Fleischhauerstraße 48.

Genossen, die gewillt sind vor d. Mühlentor einen **Gesangverein** zu gründen, mögen sich am Mittwoch abend 8 Uhr im Lokale **„Weißer Engel"** einfinden.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 188. Montag, den 14. August 1911. 18. Jahrg.

Wahlaussichten der Sozialdemokratie.

Zur Beurteilung der Aussichten, die unsere Partei bei den kommenden Reichstagswahlen hat, mag folgende Zusammenstellung der Kreise, die entweder bereits sozialdemokratisch vertreten sind oder einen hohen Prozentsatz sozialdemokratischer Stimmen aufzuweisen haben, von Nutzen sein.

In den 43 Kreisen, die uns bei den letzten Wahlen zugefallen sind, haben wir von den gesamten abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erhalten:

1. Duisburg-Mülheim	29,7 %	9. Mainz-Oppenhain	45,0 %
2. Wiesbaden	31,5 „	10. Pforzheim-Durlach	45,1 „
3. Bochum	33,8 „	11. Speyer-Ludwigshafen	45,8 „
4. Bielefeld	36,6 „	12. München II	49,0 „
5. Karlsruhe-Bruchsal	37,8 „	13. Offenbach-Dilburg	49,2 „
6. Straßburg-Stadt	40,3 „	14. Hanau-Gelnhausen	49,4 „
7. Dortmund-Hörde	42,0 „		
8. Höchst-Usingen	42,0 „		

Über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichten wir in den folgenden Kreisen, die uns demnach im ersten Wahlgang zufielen:

15. Dresden-Neustadt	50,3 %	30. Nürnberg	55,1 %
16. Hannover-Linden	50,4 „	31. Glauchau-Meerane	55,2 „
17. Lübeck	50,6 „	32. Hamburg III	55,5 „
18. Waldenburg	50,7 „	33. Dresden-Land	56,9 „
19. Mannheim-Weinheim	50,8 „	34. Stolberg-Schneeberg	56,4 „
20. Solingen	50,9 „	35. Berlin V	56 6 „
21. Kiel-Rendsburg	51,2 „	36. Leipzig-Land	58,1 „
22. Stuttgart	51,2 „	37. Chemnitz	59,3 „
23. Kalbe-Aschersleben	51,3 „	38. Niederbarnim	61,0 „
24. Mülhausen i. Els.	52,0 „	39. Altona	64,4 „
25. Teltow-Beeskow	52,1 „	40. Hamburg I	66,2 „
26. Berlin II	53,2 „	41. Berlin VI	71,6 „
27. Mittweida-Rochlitz	54,0 „	42. Hamburg II	72,2 „
28. Berlin III	55,0 „	43. Berlin IV	75,6 „
29. Zwickau-Crimmitschau	55,0 „		

Die Nachwahlen können unberücksichtigt bleiben; soweit die Stimmenziffern von 1907 schon gute Aussichten eröffneten, sind die eroberten Kreise in den nachfolgenden mit aufgeführt. In diesen Kreisen erzielten wir teils so erhebliche Stimmenminoritäten, daß mit einem Siege gerechnet werden kann, teils waren die Kreise vor 1907 schon lange Zeit im Besitze der Sozialdemokratie:

1. Neustadt-Landau	22½ %	19. Halberstadt	40 %
2. Usedom-Wollin	30 „	20. Hagen i. W.	41 „
3. Koburg-Gotha	33 „	21. Lennepp-Mettmann	41 „
4. Eisenach-Dernbach	34 „	22. Holzminden	41 „
5. Friedberg-Büdingen	35 „	23. Dessau-Zerbst	41 „
6. Schwerin-Wismar	37,2 „	24. Sorau	42 „
7. Stadt Leipzig	37,2 „	25. Löbau i. S.	42 „
8. Oberbarnim	37,8 „	26. Eßlingen	42 „
9. Harburg-Rotenburg	37,7 „	27. Greiz	42 „
10. Berlin I	38 „	28. Potsdam	42 „
11. Bayreuth	38 „	29. Randow-Greifenhagen	43 „
12. Oschatz	38 „	30. Breslau-Ost	43 „
13. Borna	38 „	31. Reichenbach-Neurode	43 „
14. Plauen	38 „	32. Kassel	43 „
15. Hameln	39 „	33. Zittau	43 „
16. Freiberg i. S.	39 „	34. Tschopau-Marienberg	43 „
17. Frankfurt-Lebus	40 „		
18. Görlitz	40 „		
35. Rostock	43 %	51. Gera	45 %
36. Bernburg	43 „	52. Halle	45 „
37. Erfurt	43 „	53. Königsberg	46 „
38. Naumburg	43 „	54. Braunschweig	46 „
39. Hof	44 „	55. Gotha	46 „
40. Erlangen	44 „	56. Brandenburg	46 „
41. Dresden-Altstadt	44 „	57. Magdeburg	47 „
42. Annaberg	44 „	58. Wanzleben	47 „
43. Darmstadt	44 „	59. Frankfurt a. M.	47 „
44. Schwarzburg-Rudolstadt	44 „	60. Pirna	47 „
45. Stettin	45 „	61. Döbeln	47 „
46. Pinneberg	45 „	62. Göppingen	47 „
47. Elberfeld-Barmen	45 „	63. Gmünd	47 „
48. Meißen	45 „	64. Breslau-West	48 „
49. Cannstatt	45 „	65. Bremen	48 „
50. Sachsen-Altenburg	45 „	66. Reichenbach-Auerbach	49 „
		67. Sonneberg-Saalfeld	49 „

Daß die Wahlkreise, in welchen mehr als 50 Proz. der abgegebenen Stimmen auf uns fielen, nicht immer zu den sicheren Kreisen zählen, haben wir bei der letzten Wahl erfahren. Denn von den 56 Kreisen, die wir 1903 im ersten Wahlgang eroberten, haben wir 1907 27 überhaupt nicht zu halten vermocht. Es sind das: Auerbach im Vogtl., Pirna, Marienberg i. S., Sonneberg, Meißen, Reuß j. L., Dresden-Altstadt, Döbeln, Breslau-West, Schwarzburg-Rudolstadt, Naumburg, Reichenbach i. Schl., Löbau i. S., Pinneberg, Braunschweig, Plauen, Sachsen-Altenburg, Darmstadt, Halle, Elberfeld, Bremen, Rostock, Zittau, Reuß ä. L., Brandenburg, Gotha, Randow-Greifenhagen. Bei der gegenwärtigen politischen Lage dürften allerdings alle diese Kreise, welche wir 1907 verloren haben, zurückerobert werden. Haben wir doch selbst bei den Wahlen 1907 und trotz Mandatverlustes um 233 567 Stimmen zugenommen, die neben dem zu erwartenden Stimmenzuwachs 1912 mit in die Wagschale fallen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat sich vor einiger Zeit zum Zwecke, die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu einigen, die Arbeit gemacht, alle Kreise zusammenzustellen, die nach ihrer Auffassung von der Sozialdemokratie bedroht sind, und sie kam dabei zu diesem Resultat:

16 Fortschrittliche Kreise, nämlich: Bremen, Sonneberg, Göppingen, Zittau, Erlangen, Hof, Remscheid, Frankfurt a. M., Hagen, Iserlohn, Pinneberg, Zeitz, Görlitz, Breslau-West, Stettin und Königsberg.

18 Nationalliberale, nämlich: Westhavelland, Sorau, Löbau i. S., Dresden-A., Döbeln, Annaberg, Reichenbach-Auerbach, Rostock, Bayreuth, Eßlingen, Darmstadt, Bernburg, Rudolstadt, Gera, Halberstadt, Erfurt, Ditmarschen und Hameln.

7 Zentrum, nämlich: Reichenbach-Neurode, Köln-Stadt, Köln-Land, Düsseldorf, Essen, Gebweiler und Krefeld.

8 Antisemiten und Mittelständler, nämlich: Weimar, Kassel, Eschwege, Pirna, Wanzleben, Böblingen und Holzminden.

13 Reichsparteiler, nämlich: Kottbus, Breslau-Ost, Altenburg, Gotha, Elberfeld, Oberbarnim, Strelitz, Bitterfeld, Bückeburg, Sangerhausen, Harburg und Jüterbog.

14 Konservative, nämlich: Kalau, Randow, Schwerin, Schweidnitz, Grünberg, Jerichow, Merseburg, Mühlhausen-Langensalza, Kaiserslautern, Ansbach, Oschatz, Malchin, Güstrow und Greiz.

Die aufgeführten Zahlen geben der „Norddeutschen" nicht unrecht. An der Sozialdemokratie wird es nun liegen, durch unausgesetzte Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß die Voraussage des Regierungsblattes zur Wahrheit werde.

Die Union an einem handelspolitischen Wendepunkt.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Mit der Annahme des Handelsvertrages mit Kanada ist zwar die Gegenseitigkeitspolitik in den Handelsbeziehungen der beiden Länder noch keine vollendete Tatsache, da das Inkrafttreten des Vertrages nun noch von der Zustimmung des kanadischen Parlaments abhängig ist, immerhin darf die Taftsche Administration nach der Niederzwingung des Widerstandes der konsequenten „Schutz"-Zöllner und der demagogischen Gefolgschaft, die ihnen die auf Roosevelt oder La Folette schwörenden republikanischen Insurgenten gestellt haben, ihrer Sache nun ziemlich sicher sein. In Kanada scheint es einer Auflösung des Parlaments zu bedürfen, um die Reciprocität mit den Vereinigten Staaten durchzudrücken. Dort sind es nicht nur die kapitalistischen Interessenten einiger von den Zollermäßigungen betroffenen Industrien, z. B. der noch in den Kinderschuhen steckenden Stahl- und Eisenindustrie, die sich der Ratifizierung des Vertrages widersetzen, vielmehr scheinen es die hyperloyalen Elemente und die hinter ihnen stehenden Einflüsse zu sein, die das Zustandekommen des Gegenseitigkeitsvertrages am meisten gefährden. Die alberne Annexions-Pauke Champ Clarks, des jetzigen Präsidenten des demokratischen Repräsentantenhauses in Washington, und ähnliche Äußerungen verwandter Geister, so erst kürzlich des Gouverneurs Osborn von Michigan, die der kanadischen und der englischen Opposition Wasser auf die Mühle geliefert haben. Dazu kommt, daß ein Teil der dem Vertrag weiter nicht abgeneigten Volksvertreter in der „Dominion" bloß deshalb gern bereit sein wird, die Ratifizierung zu hintertreiben, um damit vielleicht den schon seit 1896 am Ruder befindlichen Premierminister Laurier loszuwerden. Das kanadische Volk wird aber, wenn es darüber zu Neuwahlen kommt, zweifellos für die Zollerleichterung stimmen. Insbesondere wird das Farmertum, das in den Vereinigten Staaten eher gegen als für den Vertrag Stellung genommen hat, in Kanada, wo es noch viel einflußreicher ist, vice versa für die Ratifizierung des Abkommens ins Zeug gehen. Man braucht sich nur die auf beiden Seiten gemachten Vergünstigungen anzusehen, um das zu erkennen. Die Vereinigten Staaten heben gegenüber dem nördlichen Nachbarn die Zölle auf alle Lebensmittel, speziell auch auf Fleischwaren, Fische, Brotstoffe, Schlachtvieh, Eier, Butter, Käse und andere Molkereiwaren auf, und außerdem wird die teilweise sehr bedeutende kanadische Ausfuhr an Eisenerz, Zement, Gips und Marienerz gänzlich zollfrei gemacht. Kanada räumt der Union dagegen Zollermäßigungen für Kohlen und Fabrikate, wie Uhren, Messerwaren, Handtaschen und ähnliche Lederwaren, Druckerschwärze, Musikinstrumente usw. ein. Die Vereinigten Staaten sagen weiter die Aufhebung all der Zölle auf zahlreiche Rohstoffe und Halbfabrikate zu, falls Kanada seinerseits alle Beschränkungen der Ausfuhr von Holz für die Papierbereitung und von Papierstoff nach den Vereinigten Staaten aufhebt. Der Gegenseitigkeitsvertrag mi

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(18. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Sie konnte lange nicht einschlafen. Jedes Wort, das van Tenius gesprochen hatte, rief sie sich ins Gedächtnis zurück und legte sich's zurecht und dachte über einen geheimen Sinn nach und vermißte traurig die gewohnten persönlichen Wendungen. Sie weinte ein bißchen, dann machte sie Licht, betrachtete lächelnd das schlafende Kind, löschte die Kerze wieder aus und schlief endlich ein. Träume beunruhigten sie. Schattenhafte Ungestalten beängstigten sie, Riesen ohne Köpfe, Einarme. Und dann saß sie neben Wölfi ganz behaglich in den Zweigen eines alten Birnbaums, des alten Birnbaums im elterlichen Garten von Koblenz. Wölfi zeigte mit dem Fingerchen nach einem Meisennest, und unten am Baum hielt van Tenius Wache, ein zwanzigjähriger Jüngling, wie er damals in Koblenz die Nibelungen mit ihr gelesen hatte. Und der Wind sauste stoßweise durch die Blätter, mit ganz regelmäßigen Stößen, fast als ob der Wind schwer geatmet hätte. Immer stärker und stöhnender wurde der Atem des Windes, der alte Birnbaum zitterte, trotzdem van Tenius ihn festhielt. Wölfi weinte und schrie ihren Namen. Marianne wachte auf.

Noch eine Weile hörte sie das stoßweise Sausen des Windes. Dann plötzlich unterschied sie deutlich das schwere Atmen eines Menschen. Wölfi? Nein, unmöglich. Erschreckt stützte sie sich auf und rief mit ängstlicher Stimme:

„Wer ist da?"

„Ich bin's, Anna Maria. Fürchte dich nicht."

Marianne erkannte die Stimme ihres Mannes, streckte sich auf den Tod entsetzt lang aus und zog die Decke bis zum Halse hinauf.

„Fürchte dich nicht, Anna Maria. Es ist finster, und ich sehe dich ja nicht. Und Wölfi ist bei dir. Wenn du ihn um Hilfe rufst, so wird er eher seinen Vater niederwerfen, unser Junker Georg, als daß er dir ein Leid geschehen ließe. Fürchte dich nicht. Du kennst mich ja. Ich bin ein wohlerzogener Mann."

Schwer, jammervoll schwer tönte ein Seufzer vom Türpfosten.

„Wie bist du . . ."

„Fürchte dich nicht. Ich kann mich ja bewegen. Wie die Katzen im Dunkeln. Ich kann es ganz gut. Ich gehe oft des Nachts spazieren. Ihr wißt es nur nicht. Es ist ein rechtes Vergnügen. Ich habe dich noch nie besucht auf diesem Spaziergang. Nur heute wollte ich dir was sagen, was nicht bis morgen Zeit hat. Denn man kann nie wissen, wann der große Artillerist Feuer kommandiert. Fürchte dich nicht. Ich wollte dir nur sagen, daß ich nur noch einen einzigen Wunsch habe. Einen einzigen letzten Willen. Ich habe zum erstenmal gesehen, wie er ist, Wölfi. Still. Wir wollen ihn nicht wecken. Du weißt, ich habe kein Vorurteil. Und ich bitte dich um Verzeihung, weil ich heute gereizt war. Aber Wölfi, nun ja, es ist ein anderes Blut. Nicht, daß er von Adel ist. Du weißt ja. Aber Heldenblut ist in ihm. Ein Heldenmensch wird er sein wollen, sein eigener Herr, sein eigener Erzieher, ein Heldenmensch so wie sie wohl wild wachsen. Wie ein Rassehund, der nur gut ist, wenn man ihn nicht zum Ziehhund macht. Also ja, meinetwegen kein Held, ein Rassemensch ist mein Sohn, und es ist mein letzter Wille, daß er, wenn ich tot bin . . . Anna Maria, dieses Mal werde ich's zu Ende sprechen. Wenn ich tot bin, soll kein Feigling sein Herr und Vormund werden, kein Handelsmann, kein Ziehhund, kein Philister. Lieber soll er in die Hände von Zigeunern und Mördern fallen und dort frei aufwachsen, frei von allem, als daß mein Wölfi geschlagen würde wie ein Ziehhund, wie ein Lehrling. Anna Maria, versprichst du mir, meinen letzten Willen zu erfüllen? Du verstehst mich doch?"

Die Uhr im Speisezimmer schlug die zweite Stunde Dann war es wieder still im Schlafgemach. Marianne unterschied deutlich die ruhigen Atemzüge des Kindes, das schwere Atmen Ossendorffs und das leise Geräusch, wie seine Hand jetzt über die Tapete hinfuhr. Ohne zu denken, in furchtbarer Angst, sagte sie flüsternd:

„Ich verspreche es dir, Wolfgang."

„Ich danke dir. Ich möchte Wölfi noch schlafen sehen. Nein, mache nicht Licht. Dazu habe ich ja kein Recht. Meine Augen sind gesund!"

Wieder wurde alles still. Dann seufzte Ossendorf aus tiefer Seele schmerzlich auf.

„Anna Maria!"

Sie machte Licht. Sie schloß halb die Augen. Ossendorff hielt eine Jagdflinte beim Kolben unter dem linken Armstumpf. So tappte er sich noch einen Schritt vor, bis er das Köpfchen des schlafenden Kindes deutlich wahrnehmen konnte. Lange stand er so, dann warf er einen raschen Blick nach dem Bett seiner Frau und sagte heiser:

„Lösch aus!"

Marianne gehorchte und lauschte noch lange dem Schleichen und Schlurfen und Stapfen und schrak jedesmal zusammen, wenn der eiserne Lauf dumpf auf den Teppich aufstieß.

Am Morgen fuhr Marianne, die bleich und übernächtig aussah, allein mit dem Kinde nach Berlin zum Anhalter Bahnhof. Sie konnte kaum die Selbstbeherrschung finden, mit ein paar kurzen Antworten am Geplauder Wölfis teilzunehmen. Ihr war der Weg und das Treiben am Bahnhof so geläufig, daß sie ohne jedes frauenhafte Zögern die Karten löste, das Gepäck aufgab und gute Plätze aussuchte. Müde saß sie da und mußte doch lächeln als Wölfi sie fragte, warum sie zweiter Klasse fahre. Er werde immer erster Klasse fahren. Wilhelm Rödiger auch.

Wenige Minuten vor Abgang des Zuges erschien van Tenius auf dem Bahnsteig. Er grüßte zuerst von fern, als ob er die Erlaubnis erbitten wollte, näher zu kommen. Wölfi erblickte ihn zuerst.

„Das ist reizend, Mama. Onkel Rechtsanwalt ist da. Er soll auch mitfahren."

Marianne nickte dem Freund traurig lächelnd zu. Er kam heran und reichte ihr die Hand.

„Ich habe Ihnen doch Lebewohl sagen wollen."

„Du fährst doch mit?"

„Nein Wölfi, ich habe hier zu tun."

„Mama, so ein großer Mensch und hat zu tun. Aber weißt du was, Onkel, eigentlich habe ich dich lieb, auf Ehre."

Der Zug setzte sich langsam in Bewegung, und van Tenius blieb bewegt zurück. Aus dem Wagenfenster winkte noch lange Marianne mit der Hand, und schwenkte noch länger Wölfi seinen Matrosenhut.

Zwölftes Kapitel.

Nach Mariannens Rückkehr gab Ossendorff sich sichtlich Mühe, sie und ihren Freund den letzten Sonntag vergessen zu lassen. Für seine Frau hatte er in ihrer Abwesenheit ein Sommerkleid von leichter hellbrauner Seide bei ihrer Schneiderin bestellt und selbst den Stoff ausgesucht. Den Rechtsanwalt empfing er am nächsten Donnerstag mit einem herzlichen Händedruck und mit einer spöttischen Bitte um Verzeihung.

„Ich werde artig sein. Nicht wieder tun!" sagte er, als sie allein waren.

Dann ging er frisch und mit jünglinghaftem Eifer an das gemeinsame Studium. Van Tenius hatte vielerlei vorzulegen; die Statistik des Arbeiterelends fing an sich für ihn in großen Zügen zu gestalten. Ossendorff und van Tenius verabredeten nun noch einen zweiten Tag in der Woche, und auch der wollte kaum für die Arbeit reichen.

Kanada könnte wirklich eine gewisse Erlösung des Volkes der Vereinigten Staaten von den unverschämtesten Wucherpreisen bringen, wenn nicht am Ende die Trusts und „Ringe" den ganzen Segen allein anheimsen. Darum muß jetzt, nachdem die republikanische Regierung notgedrungen ihr Wahlversprechen eingelöst und die Zollschranken auf der Strecke von Lawrence River bis zum Puget Sound niederzulegen begonnen hat, das Bestreben der Massen dahin gehen, die privatkapitalistische Monopolherrschaft zu brechen, die sonst die zollfreien Lebensmittel aus Kanada so gut „cornern" wird, wie bisher die einheimischen, und die gern die billigeren kanadischen Rohmaterialien kaufen wird, ohne daran zu denken, nur um einen Deut billiger zu verkaufen.

Für das Ausland liegt die Bedeutung des kanadisch-amerikanischen Gegenseitigkeitsvertrags natürlich darin, daß die Union damit ihren alten Standpunkt der Generaltarife verlassen hat, der im Grunde eine echte Yankee-Unverschämtheit war, läuft er doch darauf hinaus, mit der Drohung eines — wie vom Payne-Aldrich-Tarif festgesetzt — 25prozentigen Zollzuschlages von den fremden Ländern unterschiedslos alle jene Vergünstigungen zu erpressen, die sich jene Mächte untereinander auf dem Wege spezieller Handelsverträge zugebilligt haben. Wenn die Vereinigten Staaten sich jetzt ebenfalls zu der Politik spezieller Handelsverträge bekehrt haben, so geschieht das ganz selbstverständlich aus yankeemäßig egoistischen Erwägungen heraus, denn die überlegene Stellung, die der Union früher die Unverschämtheit der Generaltarife gestattete, hat eben aufgehört. Die Erfahrung hat gelehrt, daß solche, einseitig von Onkel Sam festgestellten Tarife mit der Knüppelpolitik des Strafzolles den Außenhandel mit der Zeit direkt unterbinden. Es fehlt eben die Nötigung, von den Vereinigten Staaten zu kaufen, amerikanische Fabrikate usw. in größerem Maße aufzunehmen, wovon nur unter dem Druck der Politik gegenseitiger Zugeständnisse die Rede sein kann. Welche schlechten Geschäfte die Amerikaner mit der Dreistigkeit ihres Generaltarifs machen, beweist am besten die Handelsbilanz des vorigen Jahres, die eine bedeutende Zunahme der Einfuhr und eine ebenso bedeutende Abnahme der Ausfuhr nachweist. Der natürliche Gang der Dinge hat das erste Loch in das Gewebe der Hochschutzzöllnerei in Amerika gerissen. Das übrige wird der von den nächstjährigen Wahlen zu erwartende vollständige Sieg der Demokraten besorgen, hinter denen sich nun endlich auch die „dritte Partei", die sozialistische, erhebt, die jüngst durch den Mund des Genossen Viktor Berger zum erstenmal auch im amerikanischen Bundesparlament ihre Stellung des internationalen Sozialismus zur Zollpolitik darlegen konnte.

Aus der Partei.

Maifeiernachklänge. In Sachsen standen in Schmiedeberg Genossen vor Gericht, weil sie bei der Maifeier rote Fahnen im Saal geduldet haben sollten oder rote Fahnen auf Bäumen ihres Grundstücks angebracht hatten. Ein Genosse wurde freigesprochen, ein paar andere erhielten je 10 Mk. Geldstrafe wegen dieses furchtbaren Verbrechens.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena, der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, kann sehr erfreuliche Fortschritte auf allen Gebieten der Parteitätigkeit feststellen. Die Zahl der Parteimitglieder ist im letzten Jahre von 720 038 auf 835 562 gestiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 115524. Die männlichen Mitglieder sind an der Zunahme mit 90 473, die weiblichen mit 25 051 beteiligt. In 19 Bundesstaaten hat die Partei 188 Landtagsabgeordnete. Die Zahl der Vertreter in den Gemeinden hat sich erheblich vermehrt. Wir haben in 410 Städten 2015 und in 2240 Landgemeinden 6646 Gemeindevertreter. Außerdem hat die Partei in 31 Städten 95 Vertreter im Magistrat und in 83 Landgemeinden 154 Vertreter im Gemeindevorstand. Das sind zusammen 8910 parteigenössische Gemeindevertreter gegen 7729 im Vorjahre. Einblick in die rege Tätigkeit der Partei gewähren besonders folgende Feststellungen: Im letzten Jahre haben 35 644 Mitglieder- und 13 163 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Flugblätter sind über 33 Millionen Exemplare und Broschüren und Agitationskalender in drei Millionen unentgeltlich verbreitet worden. Der Kassenabschluß kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Einnahmen belaufen sich auf 1,3 Millionen Mark, die höchsten, die die Partei bisher zu verzeichnen hatte. Die Partei geht also wohlgerüstet den kommenden Kämpfen entgegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Berliner Straßenbahnerbewegung. Die Berliner bürgerliche Presse, die alle Augenblicke verlogene Sensationsmeldungen aus der Arbeiterbewegung, insbesondere auch über eine Straßenbahnerbewegung bringt, wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, die in Frage kommenden Arbeiter irre zu führen, verbreitete am Sonnabend wieder eine solche Sensationsmeldung, nach der 5000 Angestellte der Straßenbahn geheime Beschlüsse gefaßt haben sollten, die auf einen baldigen großen Kampf schließen ließen. An der Meldung ist kein Wort wahr. Es hat eine Quartals-Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes stattgefunden, die natürlich Beschlüsse zu fassen hatte, die aber keine Lust verspürte, diese Beschlüsse und jedes Wort, was gesprochen wurde, bürgerlichen Schmoks auf die Nase zu binden; daher diese falsche Alarmmeldung.

Schichaukampf in Elbing. 4000 Elbinger Schichauarbeiter beschlossen einstimmig in einer Riesenversammlung am 10. August dem Millionär Ziese, Besitzer der Schichauwerke, folgende bescheidene Forderungen zu unterbreiten: 1. Für alle Arbeiter, die 30 Pfg. und weniger Stundenlohn haben, 3 Pfg. Zulage. 2. Für alle Arbeiter, die 31 Pfg. und mehr verdienen, 2 Pfg. Zulage pro Stunde. 3. 10 Proz. Aufschlag auf alle Akkordarbeiten. 4. 25 Proz. Aufschlag für Überstunden. 5. 50 Proz. Aufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit. 6. Aushändigung des Akkordzettels vor Beginn der Arbeit. 7. Freitags-Lohnzahlung. 8. Schaffung eines Arbeiterausschusses. — Auf der Schichauwerft in Danzig dauert der Streik und die Aussperrung schon rund 18 Wochen. Diese lehnte Vermittlungsversuche bisher schroff ab.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Leipzig. Der Stand der Aussperrung in Leipzig hat sich unwesentlich verändert. Gegenüber den Meldungen der bürgerlichen Presse von einer angeblichen Aussperrung von 10—12 000 Metallarbeitern muß nochmals betont werden, daß davon keine Rede sein kann. Nach den einstweiligen Feststellungen des Metallarbeiterverbandes sind in Leipzig etwa 6600 Metallarbeiter ausgesperrt und zwar einschließlich der schon seit Wochen in der Gelbmetallbranche streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter. Die Aussperrung ist also nicht in dem von dem Unternehmertum angekündigten Umfang durchgeführt worden. Daran ändern auch die Behauptungen der von dem Unternehmertum inspirierten bürgerlichen Presse nichts. Das Kartell des sächsischen Bezirksververbandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller teilt am Sonnabend mit, daß die Metallindustriellen-Verbände von Chemnitz, Dresden und Leipzig Sonnabend, den 12. August, in allen angeschlossenen Betrieben folgende Bekanntmachung anhängen werden: „Der Ausschuß des Kartells der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner Sitzung vom 3. d. Mts. beschlossen, am 26. August 60 Proz. der Gesamtbelegschaft der kartellierten Verbände auszusperren, falls nicht bis zum 23. August die in Leipzig streikende Metallarbeiterschaft, von ihrem Standpunkt abgegangen ist, daß über die eingereichten Forderungen nur mit den Organen des deutschen Metallarbeiterverbandes verhandelt werden kann und falls nicht bis zum 23. August im Wege direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen und ihren Arbeitern eine Einigung über die eingereichten Forderungen zustande gekommen ist."

Metallarbeiterstreik in Barmen, Elberfeld und Vohwinkel. Die Bewegung der Metallarbeiter hat schon ansehnliche Erfolge aufzuweisen trotz der verzweifelten Anstrengungen des Unternehmerverbandes, dieses zu verhindern. Zu neuen Bedingungen arbeiten jetzt 360 Kollegen, während ca. 1200 im Streik stehen. Inwieweit die Bewegung noch ausgedehnt wird, ist noch nicht abzusehen. Die Unternehmer sind geradezu erstaunt über die Einmütigkeit, mit der die Arbeiter — vom jüngsten bis zum ältesten — die Betriebe verlassen haben. Selbst diejenigen, welche in dreimonatlicher Kündigung stehen, wollen nicht zu Verrätern an ihren Klassengenossen werden und haben deshalb größtenteils die Kündigung eingereicht. Die Versuche einiger Unternehmer, sich durch Gründung einer gelben Organisation einen Rausreißerflamm zu schaffen, sind gescheitert; trotz der weitgehenden Versprechungen: Gewährung von hohem Kranken- und Sterbegeld, Zahlung des vollen Lohnes bei eventuellen Aussperrungen 2c. Die paar Mann, die den Verlockungen gefolgt waren, sind vom Unternehmer beim Ausbruch des Streiks an die Luft gesetzt worden. Mit den Arbeitswilligen ist es überhaupt nicht weit her. Der größte Scharfmacher, die Firma Fröhlich und Klüppel, welche 100 tüchtige Arbeiter beschäftigt hat, mußte die ganzen zwei Mann, die sie ergattert hatte, wegen Unfähigkeit wieder entlassen. Die Situation ist für die Arbeiter äußerst günstig. Der Erfolg ist für sie sicher, wenn der Zuzug streng ferngehalten wird.

Aus dem christlichen Lager. Herr Peter Wilden, Hauptkassierer des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands (Sitz Düsseldorf) hatte in einem Flugblatt, betitelt „Wo stecken die Arbeiterverräter?", die Vorstandsmitglieder der Maler-Innungskrankenkasse bezichtigt, durch mangelhafte Revision der Kasse einen Fehlbetrag von 7262 Mk. verschuldet zu haben, welchen der Kassenführer unterschlagen konnte, weil ein vertrautes Verhältnis zwischen den den Vorstand führenden Genossen und dem Kassenführer bestanden habe und allerhand gegenseitige Gefälligkeiten getan wurden. Wegen dieser Wendung und wegen der Behauptung, „. . . der durch seine Blechredereien in Werkstattversammlungen usw. sattsam bekannte Genosse Röhle . . .", strengte Röhle gegen Wilden Beleidigungsklage an. Herr Wilden bekannte sich als Verfasser des Flugblattes, wollte aber Röhle mit diesen Angaben nicht getroffen haben, trotzdem nur dieser Name im Flugblatt genannt wurde. Der Vorsitzende schlug deshalb vor, die Beleidigung in geeigneter Form zurückzunehmen, da sonst nach dem eigenen Geständnis eine Bestrafung erfolgen müsse. Der Beklagte lehnte den Vergleich ab und wollte für alle Behauptungen den Beweis antreten. Als Zeugen hatte der Beklagte u. a. den Malermeister Sichtermann, Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe, Malermeister Deku, Zentralvorsitzenden Brauer usw. geladen. Eine Beweisaufnahme fand nicht statt, weil, wie der Vorsitzende ausführte, der Beklagte zugegeben habe, daß er den Kläger nicht habe treffen wollen, auch den gesamten Vorstand nicht gemeint habe, was aber trotzdem durch Nennung des Namens geschehen sei. Der Beklagte verlangte den Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, der Beklagte ist wegen Übertretung der §§ 185, 186 und formeller Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil ist in der Düsseldorfer „Volkszeitung" auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen. Der Schutz des § 193 mußte dem Beklagten versagt werden. Strafmildernd kam die Erregung in Betracht, in der sich der Beklagte befand, weil das Flugblatt die Antwort auf zwei gegnerische Flugblätter darstellt.

Das Ende des Streiks im Zeitzer Braunkohlenrevier. Der nun 14 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik ist am 11. August ds. Js. durch Beschluß der Vertrauensleute der Streikenden für beendet erklärt worden. Der Beschluß war von der Erkenntnis getragen, daß es durch diesen Streik nicht möglich sei, den Tarifvertrag durchzubringen. Andererseits hatten die wiederholten Versuche, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu kommen, ergeben, daß an wirklich ersprießliche Verhandlungen nicht zu denken war. Die Mehrzahl der Unternehmer erklärte einfach, daß sie mit den entlassenen Arbeitern nicht verhandle, und daß die Arbeit zunächst wieder aufgenommen werden müsse. Einzelne Grubenverwaltungen machten kleine Zugeständnisse. In der von der Konferenz der Vertrauensleute angenommenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß mit der Beendigung des Streiks der Kampf um den Tarifvertrag nicht beendet ist, sondern daß alle Streikenden und darüber hinaus sämtliche deutschen Braunkohlenarbeiter aufgefordert werden, die Organisationen zu stärken, damit bei späterer Gelegenheit der Kampf um die tarifliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses mit noch viel größerer Schärfe geführt werden kann. In den im Anschluß an die Konferenz abgehaltenen großen Streikversammlungen wurde der Mitteilung über den Abbruch des Streiks zunächst stürmisch widersprochen. Allmählich glätteten sich die Wogen. Die Mehrzahl der Streikenden konnte sich den durchschlagenden Gründen der Organisationsvertreter und Vertrauensleute nicht verschließen. Sie sahen ein, daß es im Interesse der Streikenden und ihrer Organisationen besser sei, den Streik auf der Höhe abzubrechen.

Christliche Gewerkschaftsführer als Kronzeugen der Scharfmacher. Daß unsere Brüder in Christo eifrig bemüht sind, Material zur Begründung eines neuen Aus-

---

Offendorff fing an, sich egoistisch zu nennen, weil er so ganz ohne Gegengabe sich des Freundes Studien zu eigen machte. Die paar Auszüge, die er selbst anfertigte, seien gar nicht der Rede wert.

„Sie wissen sehr wohl," sagte van Tenius einmal gegen Ende Mai, als er am späten Abend neben Offendorff saß, und Marianne, die sich nicht ganz wohl fühlte, auf dem Sopha ausgestreckt lag, die Finger der rechten Hand in das volle blonde Haar gedrückt, eine hellbraune Wolldecke über die Füße gebreitet — draußen wütete ein tolles Gewitter und der Donner rollte und knatterte ununterbrochen hin und her — „Sie wissen ja wohl, lieber Freund, daß auch unsere Freundschaft auf gegenseitigem Nutzen beruht. Sie lernen von mir mancherlei, da Ihnen die juristische, ich möchte sagen die abstrahierende Vorbildung fehlt, und ich ordne hier mit Ihnen meinen Stoff und meine Gedanken besser und schneller, als ich es in meiner möblierten Stube tun könnte."

„Läßt sich die gefährliche Nichte immer noch so oft sehen", fragte Marianne herüber und lächelte müde.

„Sie ist entweder verschwunden, gnädige Frau, oder ich bin zu zerstreut gewesen, um sie zu bemerken. Wahrhaftig, seine eigentliche Gestalt wird mein Buch in unsern Unterredungen bekommen. Ohne Schmeichelei, Sie sind mein bestes Publikum, sowohl durch Ihr leidenschaftliches Interesse als durch Ihre skeptischen Fragen, und so zwingen Sie mich bis zur letzten Ehrlichkeit gegen mich selbst."

„Das ist vortrefflich!" sagte Offendorff mit seiner gewohnten freien Selbstironie. „Dann haben wir beide ja einen Vorteil von den Berufskrankheiten und Betriebsunfällen der Arbeiter. Das ist die Hauptsache."

Van Tenius blickte den Major ernsthaft und herausfordernd an. Sein Mund verzog sich zu seinem bösen Lächeln und die Stirn krauste sich.

„Ich fühle mich nicht getroffen," sagte er. „Ich bilde mir wenigstens ein, daß meine Arbeit die Bewegung zugunsten der Besitzlosen unterstützen wird. Und wenn Sie bloß zu Ihrem Privatvergnügen und um Gefährten im Unglück zu haben sich mit derlei Dingen befassen . . ."

„Van Tenius!"

„Na ja, so etwas haben Sie ja eben gesagt. Aber wenn Sie wollen, Geld kann ich für die Sache schon brauchen."

Offendorff wandte leise den Kopf und Marianne stützte sich überrascht auf. Mit einer Art von Bettelstolz hatte van Tenius es bisher vermieden, den Reichtum seiner Freunde auch nur für seine Armen dienstpflichtig zu machen. Offendorff und Marianne, jeder freute sich anders darüber, daß der Freund zum erstenmal etwas zu fordern schien. Jetzt erst fiel es beiden auf, daß van Tenius vor vierzehn Tagen ein Geschenk für die Familie seines Polen angenommen hatte.

„Was können Sie brauchen?" fragte Offendorff. „Sie wissen, Worte sind überflüssig. Wir sind Statistiker. Ziffern genügen. Was können Sie brauchen?"

„Für Deutschland allein einige Milliarden," sagte van Tenius melancholisch. „Aber so viel verlange ich nicht. Ich habe mir jüngst Berichte erbeten aus dem Harz und aus Thüringen. Beide mal schrieben mir Schullehrer. In dem einen Fall hätte die Krankenkasse von Griffelarbeitern gern so viel aufgewendet, um für die Kranken Brot zu kaufen. Im andern Fall handelt es sich um eine gräßliche Geschichte in der Spiegelfabrikation. Wissen Sie, gnädige Frau, die statistischen Ziffern sind artig, sie sehen hübsch aus. Wenn ein Statistiker aber etwas Phantasie und Kenntnis des wirklichen Lebens hat, so sieht es hintern den Ziffern traurig aus. Ich schäme mich so oft vor meinen Korrespondenten. Sie verlangen Brot, und ich kann ihnen nur Broschüren geben. Die beiden Begleitschreiben der Schullehrer sind aus den letzten vier Wochen. Es wiederholt sich aber oft, und ich kann eben nur ab und zu einen Bettel geben. Es ist eine Schmach, daß meine Korrespondenten den Bettel auch noch annehmen."

Eine lange Pause folgte. Marianne streifte die Decke von ihren Füßen und erhob sich langsam. Sie war blaß, aber ihre Augen leuchteten froh.

„Kurz und gut," sagte endlich Offendorff. „Wollen Sie, van Tenius? Ich stelle Ihnen für die Nebenausgaben bei unsern statistischen Arbeiten entweder ein Kapital zur Verfügung oder seine ungefähren Zinsen. Wie gesagt nach Ihrer Wahl. Also . . . Lassen Sie mich nur einen Augenblick überlegen. Du bist wohl einverstanden, Marianne? Also . . . entweder 80 000 Mark, die ich, wo Sie wollen und vollständig zu Ihrer Verfügung deponiere, oder jährlich . . ja wie denn? Na, etwas kann ich noch zulegen, also oder 3500 Mark jährlich, über die Sie, wann Sie wollen und wie Sie wollen verfügen."

Marianne beugte sich nieder und küßte ihren Mann auf die Stirn. Der schloß nervös die Augen.

„Nicht wahr, mein Kind, es ist dir recht?"

Van Tenius räusperte sich und der Zug um seinen Mund wurde noch härter.

„Es ist nicht viel, aber es ist gut, daß Sie es tun."

„Na wissen Sie, van Tenius . . ."

„Soll ich etwa einen Toast auf Sie ausbringen."

Marianne hob die Hand wie abwehrend gegen den Freund auf.

„Es ist ja wahr," sagte Offendorff. „Wenn du die Ziffern verstehen würdest, wie wir . . . aber Grobheiten habe ich doch nicht gerade verdient."

„Also ich nehme die Schenkung an und bitte das Kapital zu deponieren. Es ist für die armen Leute sicherer, die ich hier vertrete."

„Wir wollen's gleich morgen in Ordnung bringen," sagte Offendorff.

Nun stand aber van Tenius doch erregt auf, und man hörte ihm die Freude an, die er empfand. Nur in kleinen Kreisen, die zufällig an ihn herantraten, wollte er Gutes tun, da aber aus dem vollen. Jährlich ein Dutzend Existenzen retten. Ein paarmal den Sprungstab hinreichen über einen Abgrund. Ein paarmal einem Familienvater den Strick abkaufen, mit dem er der Sache ein Ende machen wollte. Ein paarmal ein Kind vor irgend einer Form des Hungertodes retten.

Es kam langsam wie ein Rausch über die drei Freunde. Sie sprachen nicht mehr von dem Gelde und seinen Wirkungen. Sie sprachen von dem niederprasselnden Gewitterregen und vom Pflaster, vom Sommer und von der Stiftstante. Aber Sie waren nahe aneinander gerückt und blickten einander fröhlich an. Und als van Tenius endlich nach Hause ging, hielt er lange die Hand Mariannens in der seinen und noch länger die Hand des Majors.

Seit seiner Jugend erinnerte er sich nicht, so glückliche Stunden verlebt zu haben. Auf einmal war er reich geworden. Wer so viel für die Armen übrig hatte, war reich.

Doch als er die Treppen zu seiner Wohnung hinaufstieg, war es wieder vorbei mit dem Rausch. Van Tenius trat langsam ein und übersah mit einem kalten Blick die Bücher und Notizen auf seinem Schreibtisch, und er sah vor sich einen unübersteigbaren Berg von Jammer, aus dem er jetzt mit Hilfe des goldenen Werkzeugs ein paar Steinchen losbröckeln konnte.

Mißmutig schob er seine Hefte und die Fachzeitschriften beiseite. Er hatte heute genug gearbeitet. Er hatte einen Sack voll Geld geschafft. Sein ganzes Leben trug den Arbeitern vielleicht nicht noch einmal ein so großes Almosen ein. Heute durfte er ruhen.

(Fortsetzung folgt.)

nahmegesetzes herbeizutragen, ist allgemein bekannt. Die Scharfmacher müßten ja Narren sein, wenn sie das Gewinsel über den Terrorismus der Gewerkschaften, das die Spalten der christlichen Gewerkschaftspresse füllt und in keiner Agitationsrede eines christlichen Agitators fehlt, nicht für ihre arbeiterfeindlichen Zwecke benutzen würden. Immerhin durfte man bisher annehmen, daß die Christen der Reaktion diese Helfershelferdienste unbewußt und unfreiwillig leisten, daß sie die Wirkung ihrer Worte nicht abwägen, die Tragweite ihrer Handlungen nicht ermessen. Diese „mildernden Umstände" müssen den Christen jedoch versagt werden, wenn das richtig ist, was der Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Tänzler am 15. Juli auf der Generalversammlung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten erzählte. Tänzler, der dort ein Referat über die „nationalen Arbeitervereine" hielt, stützte seine Ausführungen über den „Terrorismus der klassenkämpferischen Gewerkschaften" mit der Behauptung, daß Führer der christlichen Gewerkschaften ihm über solche Fälle Mitteilung gemacht hätten. Wörtlich führte er aus: „Mir ist persönlich von Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält." — Christliche Gewerkschaftsführer, die bei den Beamten der Unternehmer über den Terrorismus der Arbeiter flennen — das fehlte gerade noch.

Durch Kampf zum Sieg! Die Londoner Hafenarbeiter haben den Erfolg für das Ausharren im Kampfe an ihre Fahne heften können. Am Freitag abend gegen 11 Uhr wurde der Spruch des Handelsamtes bekannt: Anerkennung aller Forderungen! Sofort hat dann das Streikkomitee durch ein Manifest, das erklärlicherweise stolzen Jubel und hochgestimmte Genugtuung über den errungenen Preis auslöste, den Kampf für beendet erklärt. Selbstverständlich wird die Arbeit nicht sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können, ehe alle Störungen überwunden sind, dürften wohl noch etliche Tage ins Land gehen. Die den Ausladern zugebilligte Lohnerhöhung beträgt 25 Proz.; außerdem ist ihre Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. Das Streikkomitee sprach den Arbeitern zu dem außerordentlichen Siege, den sie errungen hätten, seinen Glückwunsch aus und erklärte gleichzeitig den Ausstand für beendet. Wie das Streikkomitee in seiner Veröffentlichung bemerkt, bildete die Hauptschwierigkeit für den Friedensschluß die Frage der Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter. Diese ist zugunsten der Streikenden so geregelt worden, daß alle Ausständigen wieder auf ihre Posten, die sie vor dem Streik innehatten, eingesetzt werden.

Soziales.

Die Frau im Handwerk. Wenn die konservative und mittelstandsfreundliche Presse auf die sozialistische „Zerstörung der Familie" hinweist, vergißt sie nie, mit treudeutschem Augenaufschlag die braven Handwerker als Stützen der altgermanischen, patriarchalischen Familie vorzuführen. Und die Regierung macht es offiziell und noch mehr offiziös ebenso. Ja, dort ist noch die Frau in erster Linie Gattin und Mutter, da ist das Familienleben nicht durch das Mitarbeiten der Frau zerstört. Wie bitterer Wermut muß all diesen Jammerpatrioten ein Erlaß ankommen, den der preußische Handelsminister jetzt bekannt machen läßt. Der Erlaß bezieht sich auf die rechtliche Stellung der Frau im Handwerk und schafft einheitliches Recht für die weiblichen Gewerbetreibenden! Danach wird jetzt die Prüfung von weiblichen Lehrlingen, Gesellen und Meistern einheitlich geregelt, in den Handwerkskammern vergrößerte Ausschüsse unter Hinzuziehung von weiblichen Meistern gebildet, und die Lehrstellenvermittelung auf weibliche Personen ausgedehnt! Wir sind nur neugierig, was die konservative Presse zu dieser Zerstörung des Familienlebens im Mittelstand sagen wird. Wahrscheinlich, wir kennen ja die Leutchen genug, wird sie klüglich schweigen. Gegenüber unumstößlichen materiellen Wahrheiten hat sie dies ja immer getan. Für uns ist klar, daß dieser neueste Erlaß des preußischen Handelsministers auch wieder ein Dokument der Zeit ist, wo die Frau ins öffentliche Leben gerissen wird, ob sie will oder nicht. Es ist zu unangenehm, die Sozialdemokraten behalten immer recht!

Aus dem Gerichtssaal.

„Kalischmiergelder". Der Wanderredner des liberalen Bauernbundes Moll wurde wegen Beleidigung des konservativen Reichstagsabgeordneten Henning (Wahlkreis Kalau-Luckau) zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Moll hatte in Versammlungen behauptet, der Abg. Henning beziehe Schmiergelder vom Kalisyndikat. Er konnte seine Behauptungen nicht beweisen.

„Guten Morgen, Herr Streikbrecher" — eine Beleidigung!" Zwar keine wesentlich schwere, aber doch eine Beleidigung. Wonach sich zu richten! Also entschied das Klassengericht in Schöningen (Herzogtum Braunschweig). Der nichtstreikende Bergarbeiter und christliches Gewerkvereinsmitglied Joh. Czecho zu Helmstedt, welcher auf den Harpker Kohlenwerken arbeitet, die nicht am Streik beteiligt sind, hatte sich vor obengenanntem Amtsgericht wegen Vergehens gegen §§ 185 und 196 zu verantworten. Beklagter war am 1. Juni d. J. mit seinem Rade die Chaussee entlang an Trendelbusch vorbeigefahren. Hierbei ist er an den beiden Zechenbeamten Fahrsteiger Kegel und Brikettmeister Große vorübergefahren und soll diesen beiden den Zuruf gemacht haben: „Guten Morgen, Herr Streikbrecher." Der Angeklagte bestreitet, die beiden Beamten gemeint zu haben, vielmehr habe er damit den dort stehenden Streikposten gemeint; auch will er nicht Streikbrecher sondern Streikbruder gesagt haben. Der Fahrsteiger Kegel wußte nicht bestimmt, ob das Wort Streikbrecher oder Streikbruder gefallen ist, aber der Zuruf habe ihnen, den Beamten, gegolten. Der Brikettmeister Große dagegen will deutlich das Wort „Streikbrecher" gehört haben. Der Angeklagte ist dann wegen dieses Ausdrucks gleich verhaftet worden und will von dem Wachtmeister ins Gesicht geschlagen sein, wie er angibt. Er wurde zu 10 Mk. Geldstrafe, event. 3 Tagen Haft und Publikation im „Schöninger Anzeiger" verurteilt, wobei als strafmildernd in Betracht gezogen wurde: die Betrunkenheit des Angeklagten und weil der Ausdruck „Guten Tag, Herr Streikbrecher" keine wesentlich schwere Beleidigung darstelle und obengenannte Strafe deshalb als den Umständen entsprechend für richtig erscheine. Es darf also in Zukunft nicht „Herr Streikbrecher" heißen, sondern „Herr Arbeitswilliger".

Aus Nah und Fern.

Die Unfallversicherung als Lockmittel. In letzter Zeit waren in Jüterbog und seiner Umgegend Agenten einer Berliner Firma tätig, um Abonnenten für die oft kritischen Betrachtungen unterzogene Zeitschrift „Nach Feierabend" zu werben. Mit dem Abonnement ist die bekannte „Versicherung" gegen „Unfall" verbunden, die aber nur dann in Kraft treten soll, wenn der Abonnent sich verpflichtet, zweiundfünfzig Hefte a 20 Pfg. abzunehmen. Diese Abonnentensammler ließen von Frauen, die sie allein zu Hause antrafen, „Bestellzettel", die sich aber später als „Vertragsformulare" herausstellten, unterschreiben und die Firma fordert nun auf Grund dieser Verträge die Abnahme der Zeitschrift und droht im Weigerungsfalle mit Klagen. Die auf die geschilderte Weise zustande gekommenen „Verträge" sind jedoch rechtsungültig. Nach § 1356 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist die Ehefrau berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten, aber der § 1357 gibt ihr nur das Recht, solche Verträge abzuschließen, die sich aus den der Frau im § 1356 zugewiesenen Verpflichtungen ergeben, z. B. Anschaffung von Lebensmitteln, Kleidung, Annahme von Dienstboten (aber nur weiblichen) u. s. f. Der Abschluß von Versicherungen jeder Art kann rechtsgültig nur mit dem Ehemanne erfolgen, es sei denn, daß dieser die Frau hierzu ermächtigt oder beauftragt hat. Im übrigen ist nur zu raten, ein Abonnement auf Zeitschriften solcher Art niemals einzugehen; denn dieser Lektüre kann, ganz abgesehen von dem zuweilen recht hurrapatriotischen Inhalt, ein literarischer Wert meist nicht beigemessen werden. Auch hier ist zu bedenken, daß sich der Abonnement beim Unterschreiben des Bestellscheines auf ein Jahr zum Abonnement verpflichten muß und auch hier erfolgt unweigerlich die Klage, wenn der Betrag nicht für ein Jahr entrichtet wird. Auf diese Weise holt sich der „Feierabend"-Verleger seine Reichtümer aus der Masse des Volkes heraus.

Die staatsgefährliche Papptafel. Die Polizei in Eilenburg hat am Sonntag wieder eine große Tat vollbracht. Die Arbeiterturner hatten ein Vergnügen arrangiert und zur Begrüßung der Genossen über die Rödinger Straße eine Girlande gezogen, an der eine kleine Papptafel befestigt war, die auf der einen Seite die Aufschrift: „Gleiches Recht für alle! enthielt, während auf der Rückseite die Worte prangten: Der Freiheit eine Gasse. Es dauerte nicht lange, bis ein Polizist erschien und sich den Aufbau genau betrachtete. Die Forderung des gleichen Rechts für alle mußte bei dem Diener der öffentlichen Ordnung wohl einige Bedenken erregt haben. Er machte plötzlich Kehrt und kam nach etwa einer Stunde in Begleitung eines Wachtmeisters zurück. Dieser eröffnete den Veranstaltern des Festes, daß die Girlande nicht genehmigt sei, also eigentlich gar nicht angebracht werden durfte. Man wolle jedoch Gnade vor Recht ergehen lassen und das unschuldige Grün hängen lassen. Aber das Schild mit der Inschrift müsse unbedingt herunter, sonst werde der Polizist hinaufklettern und die ganze Girlande abschneiden. Mitleidig, wie sie nun einmal sind, konnten es unsere Leute nicht über sich bringen, bei der tropischen Hitze den Jünger der heiligen Hermandad zu so angestrengten und ungewohnten Kletterübungen zu veranlassen. Sie holten das Pappschild mit der staatsgefährlichen Freiheit und Gleichheit selbst herunter und machten somit ihren schwarzen umstürzlerischen Plan selber zuschanden. Vielleicht ist es nur diesem Umstande zuzuschreiben, daß Eilenburg heute noch auf dem alten Fleck steht.

Die Grubenkatastrophe im Ruhrrevier. Über den Vorgang macht ein Bergarbeiter, der sich in dem verunglückten Förderkorb befand, aber unverletzt blieb, nach dem „B. T." folgende Angaben: „Vorschriftsmäßig wurde bei der ersten Einfahrt nur einer der beiden Förderkörbe besetzt. Der andere fuhr leer. Die ersten Bergleute waren ungefährdet in die Grube eingefahren. Es hatten auf dem anderen Förderkorbe 45 Bergleute Platz genommen, die sich auf mehrere Etagen verteilten. Während der Fahrt von der dritten bis zur vierten Sohle wurde den auf dem Korb Befindlichen plötzlich an einem Rasseln und Knattern klar, daß oben irgend etwas nicht in Ordnung war. Der Korb fuhr schneller als sonst, von der vierten Sohle fiel der Korb plötzlich mit rasender Schnelligkeit hinunter. Was jetzt vor sich ging, war das Werk eines Augenblicks. Eine dichte Wolke von Kohlenstaub wurde aufgewirbelt; man hörte Holz zersplittern und durch die Reibung des Korbes an den Schachtwänden wurde ein Sprühregen von Funken erzeugt. Dann ein kurzer, harter Anprall und ein Schrei aus 45 Kehlen. Das Unglück war geschehen. Besonders gräßlich erklangen die Schmerzensschreie der auf der untersten Stufe des Korbes Verletzten, der mit 14 Bergleuten besetzt war. Von diesen blieb kein einziger unverletzt. Alle haben Rückgrat- und Beinbrüche erlitten, und da das Wasser im Sumpf den Leuten bis an den Hals stand, war die Gefahr des Ertrinkens sehr nahe. Die auf den oberen Etagen stehenden Kameraden, soweit sie unverletzt geblieben waren, arbeiteten mit Sägen und anderen Werkzeugen so lange, bis sie die unter ihnen Befindlichen durch ein Loch heraufziehen konnten. Inzwischen waren Tragbahren besorgt worden, und auf dem schwierigen, über einen Kilometer langen Weg zum Schacht II wurden die Verletzten ans Tageslicht gebracht. Besonders schlimm sah ein Bergmann aus. Dieser hatte sich beim Herabfahren auf seine Grubenlampe gesetzt. Bei dem harten Anprall war ihm die Lampe ins Gesäß gedrungen, so daß die Eingeweide hervortraten. Es ist als ein wahres Wunder zu betrachten, daß nur einer der Körbe besetzt war, denn im anderen Falle wäre auch nicht einer der Insassen des über die Seilscheibe geschleuderten Förderkorbes mit dem Leben davongekommen."

Ein guter Christ wird auch ein guter Soldat sein. In der zentrümlichen „Datheiner Zeitung" lasen wir kürzlich folgendes: „Ein guter Christ wird auch ein guter Soldat sein! Folge also dem Rufe um Dein Glück! Folge aus Liebe zu Gott und dem Vaterlande! aus Liebe zu Deinem guten Vater! Deiner besorgten Mutter! aus Liebe zu Dir selber! Die verehrten Meister, Arbeitgeber, Vorgesetzte von jungen Rekruten sind herzlich gebeten, die ihnen unterstellten Jünglinge zu den Exerzitien bereitwillig und frühzeitig zu beurlauben und wo nötig und möglich zu den Unkosten beizutragen. Es ist ein edles, patriotisches gottgefälliges Werk. Anmeldungen sind zu richten an die Exerzitienleitung: Pfarrer Beelert, Münster i. W. Es werden dann 20 Kurse, je drei Tage andauernd aufgeführt. Es empfiehlt sich, so heißt es weiter, Seife, Kamm und Pantoffeln mitzubringen. Es wird dringend gebeten, gleich die ersten Kurse zu benutzen, weil nach den früheren Erfahrungen Hunderte später nicht ankommen können." — Daß der Herrgott auf dem Berge Sinai den Menschen auch das fünfte Gebot gab, scheinen seine Diener auf Erden nicht mehr zu wissen. Sonst könnten sie den Kriegsdienst nicht für ein gottgefälliges Werk aufnehmen, wie das durch Pfarrer Beelert in Münster i. W. geschieht. Im übrigen sind jetzt neben Exerzitien Kurse in Zentrumsdomänen an der Tagesordnung. Überall finden Abendkurse statt, in der christliche Arbeiter zum Kampf auch gegen die eigenen Klassengenossen gedrillt werden. Mit welcher Raffiniertheit und Verlogenheit die frommen Kursusleiter vorgehen, zeigt sich bei dem Umgang mit den Kursusteilnehmern. Kommt man z. B. auf die Lebensmittelverteuerung zu sprechen, so erhält man die „Aufklärung", daß die Sozialdemokraten an dieser Teuerung schuld sind! Übrigens ein Schwindel, den wir ja auch in den Organen der christlichen Gewerkschaftsorganisationen vorfinden. „Als die Sozialdemokratie noch nicht jene Stärke hatte wie heute, war das Brot billiger," meinen die Zöglinge der christlichen Lügenkurse. Oder „die Sozialdemokraten haben durch ihr Geschrei gegen die fortgesetzte Teuerung diese erst hervorgerufen!" So der letzte Jahresbericht des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter! Höher hinauf geht's nimmer!

Ein Steuerskandal. Aus Ratingen wird der Düsseldorfer „Volkszeitung" berichtet: Einer Arbeiterfamilie wurde der Steuerzettel ihres unlängst verstorbenen Sohnes ausgestellt. Die Mutter begab sich nun zur Stadtkasse, um von der Steuer entbunden zu werden. Es entspann sich denn nun zwischen ihr und dem dortigen Beamten folgendes Gespräch: Mutter: Mein Sohn ist doch tot, mithin braucht er doch auch keine Steuern mehr zu bezahlen. Beamter: Doch, es müssen noch die Steuern von dem einen Monat vor seinem Tode bezahlt werden. Mutter: Ja, er ist aber doch auch vor seinem Tode krank gewesen. Beamter: Die Steuern vom 1. bis zum 16. April, dem Todestage (also 16 Tage) müssen noch bezahlt werden. Mutter: Mein Sohn war doch großjährig, seine Steuern hat er immer selber bezahlt; mithin brauche ich doch nichts zu bezahlen. Übrigens kann ich selbige nicht bezahlen, ich habe so viel Unglück gehabt, mir fehlen die Mittel. (Der Frau waren in kurzer Zeit zwei erwachsene Söhne und ihr Schwiegersohn durch den Tod entrissen worden. D. R.). Beamter: Sie haben doch nach dem Tode Ihres Sohnes Sterbegeld bekommen? Mutter: Das hat noch nicht zur Bestreitung der Begräbniskosten gelangt, ich habe noch Geld hinzulegen müssen. Beamter: Ihr Sohn hatte doch eine Uhr, die können Sie doch verkaufen, dann haben Sie Geld. Die Mutter gibt an, dieselbe verschenkt zu haben, hatte sie aber als einziges Andenken an ihren Sohn zurückbehalten. Beamter: Sie haben nichts zu verschenken. Die Steuern müssen bezahlt werden. Mutter: Dann muß ich mich erst einmal erkundigen. (Verabschiedet sich.) Kurze Zeit darauf erscheint der Vollziehungsbeamte in der Wohnung der Familie, um die Steuern einzuziehen. Die Mutter erklärt sich diesem gegenüber bereit, die Steuer — 2 Mark und einige Groschen — zu bezahlen, bemerkt aber dabei, daß es doch nicht recht sei, daß man von ihr die Steuer verlange. Gewiß sei das nicht recht, bemerkte der Beamte, aber er könne nichts dafür, er müsse, wenn nicht bezahlt werde, pfänden. — Soweit der Tatbestand. Ob die Fronherren früherer Jahrhunderte unter solchen Umständen auch von ihren Bauern den Zehnten verlangt hätten? Wir glauben es kaum. Die Mutter sollte also die Uhr ihres verstorbenen Sohnes, die — wie hier vielfach Sitte — als teures Andenken verwahrt wird, verkaufen, um dem Vaterlande seinen Tribut zu bezahlen. Ob Mutterträne an den Silberlingen kleben, das stört dabei niemand. Und da entrüstet man sich so oft über die angebliche Gefühlsverrohung der sogenannten unteren Volksschichten! Man hat doch in Ratingen schon so oft einige 100 Mk. springen lassen, wenn es sich darum handelte, einmal ein Fest — veranstaltet von einem „gutgesinnten" Verein — zu unterstützen. Kann man sich gar nicht erklären, was ein Mutterherz empfindet, wenn man von ihr verlangt, daß sie das einzige Andenken ihres Sohnes verkaufen soll, um dem Staat und der Gemeinde den Zins zu zahlen? Doch jedes weitere Wort würde die Wirkung der Begebenheit nur abschwächen, aber wahrlich, solche Vorkommnisse sind die besten Agitatoren für uns, für die Sozialdemokratie.

Spionage. In Metz wurden vier Leute wegen Spionage verhaftet. Es handelt sich um Leute, die früher bei der Fortifikation tätig waren. Einer der Verhafteten wurde freigelassen und entfloh nach Frankreich. Von den anderen ist einer ein früherer Fremdenlegionär.

Reingewaschen. Im schlohweißen Unschuldskleide stehen die Machthaber der Zeche Radbod vor der staunenden Mitwelt. Schon vor einigen Wochen hat die Strafkammer in Münster das Verfahren gegen die der fahrlässigen Tötung angeklagten 44 Beamten der Zeche Radbod eingestellt. Die Scharfmacherpresse veröffentlicht jetzt die Begründung des Einstellungsbeschlusses. Alles, was der Verwaltung der Zeche zum Vorwurf gemacht wurde, ist nach dieser Begründung nicht wahr. Die Wetterführung auf Zeche Radbod war gut, der Kohlenstaub hat für den Umfang der Explosion keine Rolle gespielt, die Wasserleitung war intakt, die Berieselung war völlig genügend, der Abbaubetrieb war korrekt, die Rettungsarbeiten wurden richtig geleitet. Durch den Fundort der Leichen und deren Beschaffenheit ist der Schluß gerechtfertigt, daß die Verunglückten, sofern sie nicht unmittelbar durch die Explosion ihr Leben verloren haben, unverzüglich von Nachschwaden erlitten und durch Gasvergiftung sofort zugrunde gegangen sind. Als gegen 7 Uhr abends die Dammtüren geschlossen, die Grube verlassen und der Schacht abgedeckt wurde, hat sich jedenfalls kein menschliches Wesen mehr lebend in der Grube befunden. An der Tatsache, daß eine Explosion stattgefunden hat, und daß Hunderte von Bergarbeitern ihr Leben eingebüßt haben, konnte freilich nicht gerüttelt werden. Aber der Zechenverwaltung und den Zechenbeamten ist, nach Ansicht der Scharfmacherpresse, bitter Unrecht geschehen. So endete das entsetzliche Drama von Radbod.

Anarchistischer Kuchen. Die Polizei übermittelt der Berliner bürgerlichen Presse wieder einmal eine anarchistische Schauergeschichte. Einem bekannten Berliner Anarchisten soll aus London eine Kiste mit Kuchen zugegangen sein, als man aber die Kiste auf dem Zollamt zum Zwecke der Verzollung geöffnet und den Kuchen untersucht habe, seien anarchistische und antimilitaristische Schriften in dem Kuchen verborgen gewesen. Absender dieses interessanten Pakets soll ein gewisser Moissett in London sein. Die Staatsanwaltschaft habe die Sendung beschlagnahmt. — Wahrscheinlich wird sich die ganze Geschichte als ein Hundstagskuchen herausstellen.

Fort mit der Todesstrafe. Über den grauenhaften Todeskampf eines Mörders, der in der Nacht vor seiner Hinrichtung unter entsetzlichen Qualen in seiner Zelle aus Furcht vor dem Galgen starb, wird der „Daily Mail" aus Beaver in Pennsylvanien berichtet. Charles Hickman war wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt worden. In der Nacht vor der Hinrichtung wurde der Delinquent indessen von Herzkrämpfen befallen, und der Gefängnisarzt machte mit Unterstützung des Sheriffs die ganze Nacht die verzweifeltsten Anstrengungen, um dem Patienten das Leben zu retten, das er von Rechts und Ordnungs wegen erst am Galgen verlieren sollte. Aber alle Anstrengungen waren vergebens. Der Unglückliche starb aus purer Angst zwei Stunden vor der für die Hinrichtung festgesetzten Zeit. — Können angesichts eines solchen Vorkommnisses fühlende und denkende Menschen noch an der Forderung auf Beibehaltung der Todesstrafe festhalten? Man sollte es kaum glauben. Und dennoch gibt es Juristen genug, welche die Notwendigkeit der Beibehaltung dieser barbarischen Strafart „wissenschaftlich" begründen.

Ein Großfeuer. Sonnabend nachmittag um [illegible] Uhr brach in der Altstadt in Duderstadt auf dem Untereichsfeld ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete, so daß in kurzer Zeit 45 Wohnhäuser und 80 Hintergebäude in Flammen standen. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen. Vier Feuerwehrleute wurden infolge der Hitze und des Rauches ohnmächtig und konnten nur mit großer Mühe aus dem Bereich der Flammen gerettet werden. Wie sich nachher herausstellte, hatten zwei von ihnen Hitzschläge erlitten. Sie wurden ins Krankenhaus geschafft, wo sie bedenklich daniederliegen. Über die Ursache des Brandes ist noch nichts Genaues bekannt. Es verlautet, daß das Feuer in der Werkstatt eines Schneidermeisters ausgebrochen ist. Dort soll einem Schneidergesellen, der einen Anzug aufbügelte, das Bügeleisen explodiert sein. Im Augenblick soll die mit Kleidern gefüllte Werkstatt ein Flammenmeer gewesen sein. Eine andere Version sagt, daß das Feuer zu gleicher Zeit an drei verschiedenen Stellen ausgebrochen sei. Wenn dies zutrifft, dürfte wohl Brandstiftung vorliegen. Das Feuer breitete sich so schnell aus, daß schon nach kurzer Zeit ein großer Häuserkomplex in Flammen stand. Da der Brand in der Altstadt, der sogenannten Unterstadt, ausbrach, hatte er die denkbar beste Nahrung in den durchweg sehr alten, leicht gebauten Häusern und den vielfach nur aus Holz erbauten Hintergebäuden. Über die engen Straßen und Gäßchen sprang das Feuer mit Leichtigkeit auf noch verschonte Häuserviertel über und setzte auch diese schnell in Brand, vor allem, da um die Mittagszeit ein stärkerer Wind einsetzte, der wesentlich zu der großen Ausdehnung, die der Brand annahm, beitrug. Infolge des durch die Dürre eingetretenen Wassermangels ist das Löschen sehr erschwert. Die hiesige Feuerwehr war zwar bald nach Ausbruch des Brandes am Brandplatz erschienen, konnte jedoch, da eine Dampfspritze fehlte, mit den ihr zur Verfügung stehenden Handpumpen und Handspritzen gegen den Riesenbrand nicht wirkungsvoll in Aktion treten. Es wurden zu ihrer Unterstützung die Feuerwehren der Nachbarorte alarmiert. Bald erschienen auch auf dem Brandplatz die Wehren von Mingerode, Tiftmingerode, Immerode und Westerrode. Trotz der angestrengtesten Arbeit der Feuerwehrleute und zahlreicher Einwohner standen zwei Stunden nach Ausbruch des Brandes die ganze Sackgasse und die Häuser auf der Spiegelbrücke in Flammen. Das Feuer sprang von dort auf die Bahnhofstraße, die Untere Marktstraße und die Sachsstraße über, die ebenfalls in kurzer Zeit von den Flammen ergriffen waren. Schließlich war das ganze Stadtviertel bis zur elektrischen Zentrale unterhalb der Kirche ein Flammenmeer. Um 8 Uhr abends waren nur noch die Kirche, das Bahnhofshotel und ein weiteres Haus von den Flammen verschont geblieben. Das aus dem Anfang des siebzehnten Jahrhunderts stammende, wegen seiner baulichen Eigentümlichkeiten bekannte Gasthaus zur „Sonne“ ist vollständig niedergebrannt. Die Tätigkeit der Feuerwehren konnte sich schließlich nur darauf richten, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers auf die neueren Stadtteile zu verhindern. Dies ist schließlich auch gelungen. Es spielten sich in dem winkelig gebauten Stadtviertel mit seinen engen Straßen, Gassen und Höfen verzweifelte Szenen ab. Die Insassen der dem Feuer zum Opfer gefallenen Häuser bemühten sich, von ihrem Eigentum so viel zu retten, als möglich war. Es war jedoch bei der Eile, mit der die Rettungsarbeiten ausgeführt werden mußten, nicht möglich, viel in Sicherheit zu bringen. Im ganzen sind etwa 500 Menschen durch den Brand obdachlos geworden. Sie wurden zunächst bei Familien, die sich freiwillig hierzu erboten, untergebracht.

Weitere Brände. Die Ortschaft Mejkow bei Prachatitz (Böhmen) wurde am Freitag durch einen Brand eingeäschert. Vier Personen kamen in den Flammen ums Leben, viele wurden schwer oder leicht verletzt. Im Orte herrscht große Not. — Nach einer Meldung aus Innsbruck vernichtete das am Freitag mittag in Zams im Oberinntal ausgebrochene Feuer vier Fünftel des Ortes. 44 Anwesen samt Wirtschaftsgebäuden und Scheunen sowie die Kirche und die Schule sind abgebrannt. — Der Brand in Luserna in Südtirol am Mittwoch ist, wie aus Bozen berichtet wird, von dem 53jährigen Alkoholiker Diony Nikolussi Weiß angelegt worden, der sich selbst gestellt hat. Infolge Dürre, Wind und Wassermangels stand in elf Minuten ganz Luserna in Flammen. 40 Gebäude sind eingeäschert und 600 Menschen obdachlos. Das Vieh wurde gerettet. Der Schaden wird amtlich für Gebäude auf 260 000, für Möbel auf 100 000 Kronen angegeben. An der Rettungsaktion beteiligten sich das Militär und die Feuerwehren von Caldonazzo, Calceranica und Levico; fünf Stunden lang arbeitete das Militär allein. Leutnant Komaregg, zwei Pioniere, zwei Gendarmen und mehrere Zivilpersonen erlitten Brandwunden. Eine Frau ist vor Schreck gestorben. Gerettet wurden beide Schulhäuser, die Kirche, das Pfarrhaus und zehn Bauernhäuser. Der Brand wütete sechzehn Stunden, da keine Wasserleitung, sondern nur zwei Zisternen vorhanden waren. Alle Futtervorräte sind verbrannt. Die Obdachlosen sind in größter Not, da Lebensmittel fehlen.

Über die Tropenhitze und ihre Folgen liegen nachstehende Nachrichten vor: Infolge der anhaltenden großen Hitze ist im rheinischen Gebiet die Kindersterblichkeit derart gesteigert, daß die Verwaltungen der meisten Städte öffentlich Verhaltungsmaßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und zur Verhütung von Erkrankungen der Kinder bekanntmachen. Auch unter den Erwachsenen treten Magen- und Darmerkrankungen von sehr schwerer Natur auf. In Solingen ist eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. In die Isolierbaracke des dortigen Krankenhauses wurden neun Typhuskranke geschafft. Auf dem Schießplatz Wahn wurden vier Kanoniere vom Hitzschlage getroffen. Einer ist gestorben; die drei anderen liegen schwer krank darnieder. — Die schreckliche Hitze hat in Leipzig eine Kindersterblichkeit zur Folge, wie sie noch nie zu verzeichnen war. In der letzten Woche sind Kinder im Alter bis zu einem Jahre, insgesamt nicht weniger als 305, infolge Brechdurchfalls, Magen- und Darmkatarrhs gestorben. Das ist eine Zahl, die diejenige in der heißesten Woche des Jahres 1904 weit übertrifft. Am größten ist die Sterblichkeit bei der Arbeiterbevölkerung, wo sie reichlich vier Fünftel aller Todesfälle ausmacht. Auch der gestrige Tag brachte trotz Bewölkung keine Niederschläge. — In Italien erreichte die Hitze am Sonnabend einen Stand von 43 Grad im Schatten. — Die Hitze ist auch in Spanien außerordentlich. Das Meerwasser erreichte in Corber eine Temperatur von 34,8 Grad. Auf dem Lande wurde im Schatten eine Temperatur von 41,6 Grad festgestellt. — Seit zwei Tagen leidet Neuyork wieder unter furchtbarer Hitze mit hohem Prozentsatz von Feuchtigkeit. Viele Fälle von Hitzschlag sind zu verzeichnen. Die Geschäfte werden vielfach geschlossen, und es ergießt sich eine förmliche Völkerwanderung nach dem Seestrande.

Folgen der Dürre. Die anhaltende Dürre hat ein Versiegen der Quellen im Eulengebirge im Gefolge gehabt, so daß einzelne Orte ohne Trinkwasser sind. Die Langenbielauer Textilindustrie mußte wegen Wassermangels viele Betriebe einschränken.

Ein kolossaler Waldbrand wütet seit nunmehr drei Tagen in Begenburg in der Nähe von Frankfurt a. M. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Das Feuer brach aber mit elementarer Gewalt und solcher Schnelligkeit aus, daß die Feuerwehren der gesamten umliegenden Ortschaften machtlos ihm gegenüberstehen und ihre Tätigkeit darauf beschränken müssen, die in Gefahr geratenen Gebäude zu schützen. Hunderte von Morgen wertvollen Tannen-, Buchen- und Eichenwaldes, auch Niederwald und Schonungen, teils fiskalische, teils im Privatbesitz, sind den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden ist ziffernmäßig noch nicht festzustellen.

Josef Israels † Hollands größter lebender Maler ist Sonnabend im Haag verstorben. Der Tod dieses Künstlers wird in der ganzen Kunstwelt schmerzlichen Widerhall wecken, denn Isreaels Werke zählen auf dem Kunstmarkt zu den begehrtesten.

Manöverschindereien in Italien. Die in diesem Jahre in der Umgebung von Viterbo stattfindenden Manöver der Garnison Roms zeichnen sich, wie der „Avanti“ berichtet, durch ein ganz besonders ruchloses Umgehen mit dem Leben und der Gesundheit der Soldaten aus. Unserm Parteiblatt zufolge finden die Märsche gerade in der heißesten Zeit statt, so daß unzählige Soldaten marode werden und zurückbleiben müssen. Für die Sanitätsverhältnisse ist so elend gesorgt, daß auf je 1000 Mann ein Militärarzt kommt. Dabei sind unter den Manövertruppen viele Typhusfälle ausgebrochen. So ist am 7. d. M. der Sohn des Admirals Del Bono, der als Einjähriger dient, am Typhus gestorben. Die Folge der Überanstrengung und schlechten Versorgung ist allgemeine weitgehende Unzufriedenheit. Eine ganze Kompagnie, einschließlich der Offiziere, hat sich unlängst geweigert, unter der glühenden Sonne weiter zu marschieren. Die Reservisten hatten die Schinderei so satt, daß sie trotz der angedrohten schweren Strafen einen Tag vor Ablauf ihrer Einziehungsfrist den Dienst verließen. Ihre Dienstkleidung hatten sie auf einen großen Haufen geschichtet und sich dann einfach davongemacht, ohne auch nur die Verteilung der ihnen zustehenden Entschädigung abzuwarten. Der „Avanti“ versichert mit Bestimmtheit, daß die Manövertruppen zu einer allgemeinen Gehorsamsverweigerung und Meuterei entschlossen waren, und nur durch die Vermittlung des sehr beliebten Obersten vom 59. Infanterie-Regiments davon abgebracht werden konnten. Und dabei soll der Kommandeur des Armeekorps, dem ein Offizier die Gefahr der Märsche in der Hitze klar zu machen suchte, zur Antwort gegeben haben: „Manöver ohne einen Todesfall sind gar keine Manöver.“ Nach diesem höchst menschlichen Maßstabe erscheinen die diesjährigen Manöver der römischen Garnison recht vollwertig zu sein. Es steht nur dahin, ob die Väter und Mütter der jungen Leute, die an Hitzschlag und Typhus zugrunde gehen, die Manöver von demselben Gesichtspunkt aus bewerten wie der Herr General.

Bahnhofsbrand in Basel. Der im Rohbau fertiggestellte neue badische Bahnhof ist Sonnabend abend in Brand geraten. Das Holzgerüst ist vernichtet, das Mittelstück des Empfangsgebäudes ausgebrannt. Gegen 10 Uhr war der Brand lokalisiert. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch den Funkenauswurf einer Arbeitslokomotive.

Ertrunken. Bei Köln sind Sonnabend wieder vier Personen im Rhein ertrunken, tags zuvor ertranken fünf Personen.

Tragödie einer deutschen Familie in Norwegen. Einer Meldung aus Christiania zufolge sind drei deutsche Touristen, die man auf einem Ausflug ins Westland umgekommen glaubte, in ihrem Zimmer in einem Hotel in Leikanger (Norwegen) tot aufgefunden worden. Der Ingenieur Louis Aßmus vom Eisenwerk Wülfel in Hamburg hatte zuerst seine Schwester, die Witwe Johanna Lehmann, und ihren zwölfjährigen Sohn August Lehmann und darauf sich selbst mit Revolverschüssen getötet.

Ein Schweizer Politiker wegen Betruges verhaftet. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Genfer Politikers und früheren Mitgliedes des Staatsrates Berlie. Er hatte jüngst an der Börse bedeutende Verluste erlitten — man spricht von 750 000 Franks — und zur Deckung des Geldes bei Freunden geborgt, die ihn nun wegen Betruges verhaften ließen. Berlie war ein Führer der konservativen Partei, Mitglied des Konsistoriums und galt als kirchlich orthodox.

Der Raubmörder Herrmann in Buenos Aires verhaftet. Der wegen Mordes und Raubes durch den Untersuchungsrichter in Essen verfolgte Techniker Engelbert Herrmann ist dort verhaftet worden, nachdem sein Aufenthalt durch das deutsche Generalkonsulat ermittelt worden war. Dem zweiten Sekretär des Konsulats, Rempert, gelang es mit zwei Polizisten der Kriminalpolizei in Buenos Aires, Herrmann festzunehmen.

Erdbeben in Kalifornien. In San Bernardino und Los Angelos in Kalifornien haben sich Freitag spät nachmittags heftige Erdstöße, die schlimmsten seit mehreren Jahren, ereignet. Der Bevölkerung bemächtigte sich große Bestürzung. Der Schaden ist jedoch geringfügig.

Entführung eines Deutschen durch Chunchusen. Bei Charbin haben Chunchusen den reichsdeutschen Techniker Freilich, der bei einer russischen Konzession beschäftigt war, gefangen genommen und in ihr Lager gebracht. Dort mußte Freilich ihnen Maschinen zur Anfertigung falscher russischer Einrubelscheine in Ordnung bringen, worauf die Chunchusen von Freilich ein Lösegeld von hundert Rubel forderten, das er seinem Worte gemäß ihnen nach dem verabredeten Orte brachte. Jetzt haben die Chunchusen Freilich abermals ergriffen. Sie verlangten diesmal von ihm die Reparatur einer Maschine zum Gießen falscher Rubelstücke und drohten im Weigerungsfalle mit Folter. Freilich entfernte sich unter dem Vorwand, eine neue Feder für die Maschine besorgen zu müssen und zeigte den chinesischen Behörden den Aufenthalt der Chunchusen an. Diese führten daraufhin einen Strafzug gegen die russische Konzession aus und forderten von Freilich 600 Rubel. Sie drohten, im Weigerungsfalle würden sie ihn gefangen fortführen und alle Niederlagen der Konzession niederbrennen. Darauf wurde Freilich von der Konzession entfernt. Er hat jetzt beim deutschen Konsul in Charbin Beschwerde gegen die Chunchusen und die Russen eingelegt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Erscheint dreimal wöchentlich — **Bezugsquellen-Verzeichnis** — Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeölen **Adolf Borgfeldt,** Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lg. Lohbg. 40. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch, Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Ar[illegible]str. 7. Tel. 1090.
I. Ir[illegible], Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 29. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veit, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
L. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Fasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann, Beckergrube 51.
L. Kalthorst, Warendorpstr. 28. Fünfhausen 7.

Betten, Bettfedern
Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu, H. A. Wolff, Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh, Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigarretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk“, Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1c.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath, Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimstr. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
H. Krehne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Päter, Dankwartsgr. 48. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
E. Möller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeb, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
J. Pamperin, Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. Lieferantin von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Barmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher, Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!